



# Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen

**DIE LINKE.**

## **IMPRESSUM**

Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen  
in und bei der Partei DIE LINKE  
Kleine Alexanderstraße 28  
10178 Berlin  
Kontakt: stefanwolf7@aol.com  
[www.die-linke-grundeinkommen.de](http://www.die-linke-grundeinkommen.de)

Organisation: Ralf Engelke  
Text: Stefan Wolf, Ronald Blaschke  
Foto: Urs Schweitzer, Ralf Engelke  
Layout: [www.ruf-gestalten.de](http://www.ruf-gestalten.de)  
Druck: [www.hinkelstein-druck.de](http://www.hinkelstein-druck.de)  
Berlin, Januar 2011  
Auflage: 2000

## **Inhalt**

Vorwort von Katja Kipping	3
Antworten auf häufig gestellte Fragen – Zitate zum Grundeinkommen	5
Das Konzept der BAG Grundeinkommen	18
Literatur (Auswahl) zum Grundeinkommen	36
Film zum Grundeinkommen	41
Nützliche Links	41
Aktionsseite: Teilhabe für Alle	42
Aktionsseite: EU-Bürgerinitiative	43
Mitgliedschaftserklärung BAG Grundeinkommen	44
Anhang (Tabellen)	45
Mitgliedschaftserklärung DIE LINKE	48
Buch Grundeinkommen	49



## **Bedingungsloses Grundeinkommen – eine wirkungsmächtige Idee!**

In den letzten Jahren haben wir die Erfahrung machen können, dass es von einzelnen Personen sehr vehemente Gegenwehr bis hin zur Anfeindung der Grundeinkommensidee gab.

Wir haben aber auch erlebt, wie kritische Nachfragen unsere Argumentation und unsere Konzepte geschärft und verbessert haben. Einen herzlichen Dank daher an alle solidarischen KritikerInnen.

Vor allem jedoch haben wir die Erfahrung gemacht, dass das Thema „Grundeinkommen“ Menschen, die lange Zeit nichts mit Politik zu tun hatten, inspiriert und politisiert, ja im besten Sinne des Wortes „aktiviert“ hat. Dies zeigt sich z. B. – unabhängig von der Position, die man zu diesem bestimmten Modell hat – beim regen Zuspruch zur Bundestags-Petition von Susanne Wiest. Dies zeigt sich auch bei den vielen Veranstaltungen und Aktionen im Laufe des Jahres – und natürlich zur jährlichen Woche des Grundeinkommens. Und nicht zuletzt genügt zur Bestätigung des steigenden Interesses ein Blick in die Kalender der AktivistInnen des BGE: Sie sind voller Termine zu Veranstaltungen, zu Interviews und Beiträgen.

Es ist dieser Zuspruch in der Öffentlichkeit, in den Sozialen Bewegungen, in den Gewerkschaften und in der Partei DIE LINKE, der uns motiviert, an diesem Thema dranzubleiben.

Spannend am Thema „Grundeinkommen“ ist auch, dass es exemplarisch viele notwendige Fragen aufwirft und natürlich auch Antworten versucht:

Mit der Grundeinkommensthematik wird z. B. die strategische Frage aufgeworfen, wie der alte Streit zwischen Reform und Revolution dialektisch aufgelöst werden kann. Sie wird mit einem Ja zur gesellschaftlichen Transformation beantwortet und das bedingungslose Grundeinkommen als ein linkes Projekt im Rahmen einer transformatorischen und emanzipatorischen Veränderung der Gesellschaft beschrieben.

Auch wird mit dem Grundeinkommen die Frage aufgeworfen, wie wir den bestehenden Sozialstaat gegen neoliberale Angriffe verteidigen, ohne dabei blind zu sein für seine Schwächen, die wir

mit dem Grundeinkommen beseitigen wollen. Dabei steht auch die taktische Frage im Raum, ob wir eher bescheidenere Forderungen aufstellen bzw. uns vorrangig um die Abwehr anstehender Sozialkürzungen kümmern sollten oder ob es in sozialen Kämpfen nicht doch auch eines überschießenden Momentes bedarf, welches die Tücken und Ungerechtigkeiten des traditionellen Sozialstaates überwindet.

Und ein drittes Beispiel: Die Grundeinkommensthematik schärft die Menschenrechts- und Grundrechtsdebatte. Sie verweist dabei auf den Zusammenhang von der Würde des Menschen, seiner Freiheit und Verantwortung zur solidarischen Gesellschaftsgestaltung.

Nichts ist wirkungsmächtiger als eine Idee, deren Zeit gekommen ist. Wir meinen, das Grundeinkommen ist so eine Idee.



Katja Kipping

## **Antworten auf häufig gestellte Fragen – Zitate zum Grundeinkommen**

### **Was ist ein Grundeinkommen?**

Ein Grundeinkommen ist ein monetärer Transfer, den sich alle Bürgerinnen und Bürger wechselseitig zuerkennen und der durch das politische Gemeinwesen den Menschen in existenz- und teilhabesichernder Höhe ausgezahlt wird – ohne eine Bedürftigkeitsprüfung (sozialadministrative Prüfung von Einkommen und Vermögen) und ohne einen Zwang zur Erwerbs-/Lohnarbeit oder zu anderen Gegenleistungen. Der Transfer wird jedem Individuum garantiert. Alle diese Merkmale kennzeichnen das Grundeinkommen als einen bedingungslosen Transfer.

### **Wo kommt die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens her?**

Im Sinne eines regelmäßig/monatlich zu zahlenden Transfers hatte diese Idee erstmals der Engländer Thomas Spence in seinem Buch „Die Rechte der Kinder“ (1796) naturrechtlich begründet. Die Einführung des Grundeinkommens sollte Armut beseitigen. Sie ging einher mit der Enteignung der adligen Großgrundbesitzer, mit dem Aufbau öffentlicher Infrastrukturen und der Ermöglichung demokratisch-partizipatorischer Beteiligung aller an der Gestaltung des Gemeinwesens, auch der Frauen.

Im 19. Jahrhundert propagierten Charles Fourier und sein Schüler Victor Considerant das Grundeinkommen. Es sollte die persönliche Freiheit sichern und mit anderen veränderten Bedingungen die Arbeit frei wählbar und attraktiv gestalten. Grundeinkommen und das Recht auf eine frei gewählte Arbeit, beides Menschenrechte, gehörten für sie zusammen.

Im 20. Jahrhundert setzten sich insbesondere Erich Fromm und André Gorz, zwei weitere linke Persönlichkeiten, für das Grundeinkommen ein. Erich Fromm betonte die menschenrechtliche und die freiheitsförderliche Dimension des Grundeinkommens. André Gorz stützte sich in seiner Begründung des Grundeinkommens insbesondere auf Karl Marx und die Veränderungen in der Arbeitswelt heute.

*Victor Considérant zu Grundeinkommen und Freiheit:*

„Macht Revolutionen, Dekrete, Verfassungen, proklamiert die Republik, in welcher Form es euch beliebt, ernennt zum Präsidenten oder Konsul, wen ihr wollt – für ernstliche, wahre

Freiheit der Massen werdet ihr damit nichts, absolut nichts getan haben, so lange die Gesellschaft nicht jedem Manne, jeder Frau, jedem Kinde ein angemessenes Existenzminimum garantiert, so lange nicht jedem Menschen sichergestellt, aber sichergestellt als erstes seiner Rechte als Glied der Menschheit, sind: Kleidung, Wohnung, Nahrung und alle für den Lebensunterhalt und die soziale Unabhängigkeit notwendigen Dinge.“

*Victor Considérant: Studien über einige Fundamentalprobleme der sozialen Zukunft, in: Georg Adler (Hrsg.): Hauptwerke des Sozialismus und der Sozialpolitik, 6. Heft, Leipzig 1906: 96 f.*

*Erich Fromm – humanistischer und demokratischer Sozialist – zu Grundeinkommen und Menschenrechten:*

„Das garantierte Grundeinkommen würde nicht nur aus dem Schlagwort ‚Freiheit‘ eine Realität machen, es würde auch ein tief in der religiösen und humanistischen Tradition des Westens verwurzeltes Prinzip bestätigen, daß der Mensch unter allen Umständen das Recht hat zu leben. Dieses Recht auf Leben, Nahrung und Unterkunft, auf medizinische Versorgung, Bildung usw. ist ein dem Menschen angeborenes Recht, das unter keinen Umständen eingeschränkt werden darf, nicht einmal im Hinblick darauf, ob der Betreffende für die Gesellschaft ‚von Nutzen‘ ist.“

*Erich Fromm: Psychologische Aspekte zur Frage eines garantierten Einkommens für alle, in: Erich Fromm: Gesamtausgabe in 12 Bänden. Band V, München 1999 (1966): 310*

## **Wer diskutiert heute das Grundeinkommen?**

Es gibt eine kaum noch überschaubare Fülle von Befürworterinnen und Befürwortern des bedingungslosen Grundeinkommens im linken und emanzipatorischen Spektrum Deutschlands. Nichtregierungsorganisationen bzw. Verbände wie Attac, FIAN, Brot für die Welt, der Deutsche Bundesjugendring, Bundesjugendwerk der AWO, Naturfreundejugend, Grüne Jugend, die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung, unabhängige Erwerbslosengruppierungen u. v. a. m. diskutieren bzw. befürworten das Grundeinkommen. Viele linke Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Deutschland befürworten ebenfalls das Grundeinkommen: Oskar Negt, Elmar Altvater, Thomas Seibert, Antje Schrupp, Susanne Worschech, Eva Senghaas-Knobloch, Stephan Lessenich, Heinz Steinert, Georg Vobruba, Franz Segbers, Michael Hardt und Antonio Negri – um nur einige zu nennen. Auch in den Kirchen und Gewerkschaften gibt es eine große Debatte und zunehmend mehr Befürworterinnen und Befürworter des Grundeinkommens.

### **Aber es gibt doch auch rechte bzw. neoliberale Verfechter des Grundeinkommens?**

Nicht überall, wo Grundeinkommen drauf steht, ist auch Grundeinkommen drin. Denken Sie an die linke Idee der Grundsicherung und der öffentlich geförderten Beschäftigung, die von den Neoliberalen mal als Grundsicherung für Arbeitsuchende (Hartz IV), mal als Arbeitsgelegenheit (Ein-Euro-Jobs oder Bürgerarbeit) ins Gegenteil verkehrt wurden. Entscheidend für ein links-emanzipatorisches Grundeinkommen ist dessen Ausgestaltung und dessen Verständnis als ein Baustein für eine emanzipatorische und transformatorische Gesellschaftsveränderung.

### **Was heißt denn „Baustein für eine emanzipatorische und transformatorische Gesellschaftsveränderung“?**

Das meint, dass das Grundeinkommen erstens wirklich den oben genannten Kriterien entspricht und zweitens mit weiteren notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen verbunden werden muss. Das Grundeinkommen ist ja kein Allheilmittel! So müssen z. B. ein gesetzlicher Mindestlohn, weitere tarifpolitische und gesetzliche Instrumente der Verkürzung und Umverteilung der Erwerbs-/Lohnarbeit, demokratisch organisierte und kontrollierte öffentliche Infrastrukturen und Dienstleistungen, Wirtschaftsdemokratie, gleiche Rechte und Chancen für Frauen, Behinderte und Migrantinnen und Migranten in allen Arbeits- und Lebensbereichen und die gerechte Umverteilung aller notwendigen unbezahlten Arbeiten erkämpft werden. Die öffentlichen Güter (z. B. Bildung, Gesundheit, gesunde Umwelt) sind allen zugänglich zu machen. Die Gesellschaft muss in allen Bereichen (Wirtschaft und Finanzen, Kultur, Infrastrukturen, Verkehr usw. usf.) radikal demokratisiert werden. Das Grundeinkommen soll so ausgestaltet sein, dass es von oben nach unten umverteilt und Armut ausmerzt sowie eine nachhaltige soziale, wirtschaftliche und ökologische Entwicklung der Gesellschaft befördert.

### **Reicht denn nicht eine sanktionsfreie Grund-/Mindestsicherung mit all diesen genannten weiteren Ansätzen linker Politik?**

Nein. Denn auch wenn die Sanktionsfreiheit (also die Freiheit vom Zwang zur Arbeit oder zu anderen Gegenleistungen) das Grundrecht auf eine soziale Absicherung weitgehend erfüllt, hat es doch einen großen Makel: Alle bedürftigkeitsgeprüften, also selektiven monetären Transfersysteme bewirken letztlich den Ausschluss

einer nicht unerheblichen Anzahl armer Menschen aus dem Leistungsbezug (verdeckte Armut) – eben wegen jener selektiven Bedürftigkeitsprüfung, die immer mit Stigmatisierungen, Diskriminierungen und Scham seitens der Betroffenen einhergeht. Bei Hartz IV gibt es fast 100 Prozent verdeckt Arme. Noch mehr: Grund-/Mindestsicherungen spalten die Gesellschaft in Transferbeziehende und Nichttransferbeziehende. Diese Spaltung hatte und hat für die Minderheit der Transferbeziehenden immer Nachteile – von Schmarotzervorwürfen bis Forderungen nach Leistungskürzungen, die leider auch von vielen Nichttransferbeziehenden unterstützt werden. Das Grundeinkommen dagegen ist für jede und jeden garantiert. Es realisiert in vollem Umfang das Menschenrecht auf soziale Sicherheit und gesellschaftliche Teilhabe und bekämpft konsequent Armut und Ausgrenzung. Außerdem wird mit dem Grundeinkommen eine Menge unsinniger, entwürdigender und datenschutzrechtlich problematischer Kontroll- und Überprüfungsbürokratie der Sozialadministration abgeschafft.

*Oskar Negt zum Thema Wachstum, Arbeitslosigkeit und Grundeinkommen :*

„Work: Viele Gewerkschafter [...] hoffen einfach auf neues Wachstum. Denn das soll neue Jobs bringen. Ist das falsch? Oskar Negt: Früher hieß es: Die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen. 2010 ist wahr: Die Gewinne von heute sind die Arbeitslosen von morgen. Work: Das stellt erneut die Frage nach einem besseren Wirtschaftssystem. Doch was können wir sofort tun? Oskar Negt: Wir sollten auf ein Grundeinkommen für alle drängen. Das Geld ist da. Es wird nur falsch verteilt. Ein bedingungsloses Grundeinkommen ist die einzige vertretbare Form, das Problem in einer Demokratie zu lösen. Work: Ohne Bedingungen? Oskar Negt: Bedingungen darf es nicht geben. Sonst beginnt der Überwachungsstaat. Und sie schnüffeln in unseren Schränken, ob wir irgendetwas dazuverdienen.“

*Oskar Negt: Die Gewerkschaften brauchen wieder eine starke Utopie, Interview in Work, der Zeitung der Gewerkschaft UNIA/Schweiz am 29.04.2010*

**Aber ein Grundeinkommen bekäme doch auch Herr Ackermann? Ist das nicht ungerecht?**

Nein. Ungerecht ist das nicht, weil er wie alle Menschen einen Anspruch auf das Grundeinkommen hat. Zudem würde er das Mehrfache an Steuern für das Grundeinkommen zahlen. Außerdem: Würde man bei der Auszahlung erst wieder eine Prüfung der Bedürftigkeit durch die Sozialadministration durchführen lassen, dann hätte man die eben genannten Probleme und Nachteile für die Betroffenen am Hals. Übrigens: Auch heute schon gibt es für Reiche die Möglichkeit, gebührenfreie und/oder subventionierte öffentliche Infrastrukturen und Angebote zu nutzen – kein Mensch verlangt dort eine vorherige Bedürftigkeitsprüfung. Auch hier werden bzw. sollten die Reichen zur Finanzierung dieser Möglichkeiten steuerlich kräftig zur Kasse gebeten werden.

**Wer würde denn mit dem Grundeinkommen noch arbeiten gehen?**

Nehmen wir an, diese Frage zielt auf eine bestimmte Form der Arbeit, der Erwerbs- und Lohnarbeit. Dieselbe Frage könnte dann auch bzgl. der sanktionsfreien Grund-/Mindestsicherung gestellt werden, gibt es doch auch da keinen existenziellen Zwang zur Erwerbs-/Lohnarbeit mehr. Hinter dieser Frage steckt die richtige Annahme, dass die Menschen, wenn ihnen die Ziele und Bedingungen der Arbeit nicht gefallen, dieser Arbeit lieber fliehen würden. Das hat schon Karl Marx mit seiner Kritik der entfremdeten Arbeit festgestellt. Deswegen ist es ja so wichtig, dass die Bedingungen der Arbeit demokratisch umgestaltet werden. So kann sie attraktiver werden, Anerkennung und Sinn in der Arbeit gefunden werden. Letztlich müssen über das Ob, das Was und das Wie der notwendigen Produktion die Arbeitenden, die Konsumierenden aber auch die anderen von der Produktion unmittelbar oder mittelbar Betroffenen (z. B. die Anwohnerinnen und Anwohner, letztlich die gesamte Bevölkerung) entscheiden. Das Grundeinkommen verbürgt dabei die Freiheit jedes Einzelnen, auch mehrheitlich gefassten Entscheidungen nicht verantwortungslos folgen zu müssen und dennoch in existenzieller Sicherheit leben und materiell für die politisch-demokratische Teilhabe abgesichert zu sein. Und noch eins: Das Grundeinkommen z. B. in Höhe von 1.000 Euro wäre für viele nicht genug. Sie könnten aber mit dem Grundeinkommen ihre Arbeitszeit verkürzen und solidarisch mit Arbeit Suchenden teilen und hätten trotzdem zuzüglich zum Grundeinkommen ein Erwerbseinkommen.

*Der Ökonom Harry Nick zu Erwerbsarbeit und Grundeinkommen:*  
„Das erste Menschenrecht ist das Recht auf ein Leben in Würde, das Recht auf Arbeit gehört zu den Menschenrechten, auch das Recht auf Faulheit. Die Pflicht zur Arbeit gehört nicht dazu, sie ist Zwangsarbeit, Unrecht. Gerade weil die große Mehrheit der Arbeitslosen arbeiten will, wäre das erzwungene Straßenfegen eine soziale und moralische Stigmatisierung, von der auch die Arbeiter der kommunalen Straßenreinigungsbetriebe betroffen wären. Vielen von denen würde zudem der Arbeitsplatz genommen. Wer freiwillig ein Leben ohne Arbeit wählt, muss mit seinem Gewissen ausmachen, dass seine Mitmenschen seine Brötchen backen müssen; aber vorwerfen darf man es ihm nicht. Schon gar nicht in einer Gesellschaft, die nicht allen Arbeitswilligen Arbeit gibt. Es gibt nur eine gerechte Lösung des Problems: die Kombination eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle mit darüber liegenden Mindestlöhnen.“

*Harry Nick: Sollen Arbeitslose Straße fegen? Kolumne im Neuen Deutschland am 02.07.2010*

*Der Sozialphilosoph André Gorz zu Grundeinkommen und menschlicher Aktivität:*

„Das unabdingbare Bedürfnis nach einem ausreichenden und sicheren Einkommen ist eine Sache, das Bedürfnis zu werken, zu wirken und zu handeln, sich an anderen zu messen und von ihnen anerkannt zu werden, eine andere, die weder in der ersten aufgeht noch mit ihr zusammenfällt. Der Kapitalismus dagegen verkoppelt diese beiden Bedürfnisse systematisch, verwirrt und verschmilzt sie und gründet darauf die Macht des Kapitals und seine ideologische Vorherrschaft [...].“

„Die Garantie eines sozialen Grundeinkommens und die Ausdehnung der frei verfügbaren Zeit sind nicht als Aktivitätshemmer, sondern als Aktivitätsmultiplikatoren [...], als eine für alle eröffnete Möglichkeit, tausend individuelle und kollektive, private und öffentliche Aktivitäten zu entfalten [...]“, zu verstehen.

„Das allgemeine und bedingungslos garantierte Grundeinkommen, das zusammen mit dem Einkommen aus einer Arbeit beziehbar ist, stellt [...] die beste Handhabe dar, um so weit wie möglich die bezahlte Arbeit auch als die unbezahlten Aktivitäten umzuverteilen.“

*André Gorz: Arbeit zwischen Misere und Utopie, Frankfurt/Main 2000: 102, 120, 144*

*Aus dem Entwurf des Programms der Partei DIE LINKE*

„Erwerbsarbeit, Arbeit in der Familie, die Sorge um Kinder, Partner und Freunde, die Teilhabe am kulturellen und politischen Leben und schließlich individuelle Weiterbildung und Muße sind wesentliche Lebensbereiche. DIE LINKE will für alle Menschen die Möglichkeit schaffen, diese Lebensbereiche in selbstbestimmter Balance zu verbinden.“

### **Was hat denn das Grundeinkommen mit einer antikapitalistischen Strategie zu tun?**

Sehr viel. Wenn Kapitalismus geprägt ist durch den existenziellen Zwang zum Verkauf der Ware Arbeitskraft zwecks Reproduktion des Kapitals durch Lohnarbeit, dann lockert das Grundeinkommen diesen Zwang enorm – und zwar auf individueller Ebene und dadurch, weil es ja für alle gilt, auf gesellschaftlicher Ebene. Es drängt geradezu zur Gestaltung neuer Formen der notwendigen Produktion, zu solidarischen Ökonomien, befördert die radikale Demokratisierung der Wirtschaft und damit die demokratische Aneignung der Lebens- und Produktionsbedingungen.

*Der Preisträger der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Christoph Spehr, zu Grundeinkommen und politischer Freiheit:*

„Es ist von erheblicher Komik, dass Abgeordnete für sich in Anspruch nehmen, durch relativ hohe Gehälter ihre inhaltliche Unabhängigkeit zu wahren und sich nicht-erpressbar zu machen – dass die meisten dieser Abgeordneten es aber nicht für nötig halten, eine derartige Unabhängigkeit und Nicht-Erpressbarkeit auch für den Souverän, nämlich die Bevölkerung, zu gewährleisten. Was für Abgeordnete gilt, sollte auch für uns gelten. Nur die Garantie eines unabhängigen, qualitativ ausreichenden Existenzgeldes schafft für die Individuen die Voraussetzung, sich nicht um jeden Preis verkaufen zu müssen. Es gewährleistet ihre politische Freiheit; denn politische Freiheit heißt vor allem, sich nicht in erzwungene Kooperationen irgendwelcher Art hineinbegeben zu müssen.“

*Christoph Spehr; Gleicher als andere. Eine Grundlegung der freien Kooperation. rls Texte 9, Berlin 2003: 105*

*Katja Kipping: Grundeinkommen als Demokratiepauschale:*

„Das bedingungslose Grundeinkommen ermöglicht allen, unabhängig von ihrer Stellung im Arbeitsmarkt, dieses Minimum an gesellschaftlicher Teilhabe. Insofern wirkt das Grundeinkommen auch als Demokratiepauschale – die gerade in

Zeiten der zunehmenden Prekarität immer bedeutsamer wird. Als Abgeordneter bekommt man für sein politisches Engagement recht stattliche Diäten, um die politische Unabhängigkeit abzusichern. Nun würde eine Gesellschaft aber Schaden nehmen, wenn nur noch Abgeordnete politisch aktiv sind. Eine Demokratie lebt schließlich davon, dass sich alle einbringen. Das Grundeinkommen ist dem nach wie ‚Diäten light‘ für alle zu verstehen. Angelegt als Demokratiepauschale, steht das Grundeinkommen für die materielle Vollendung des Anspruchs einer Demokratie für alle.“

*Katja Kipping: Ausverkauf der Politik. Für einen demokratischen Aufbruch, Berlin 2009: 142 f.*

### **Wirkt das Grundeinkommen aber nicht wie ein Kombilohn?**

Nein: Kombilohn ist Niedriglohn plus staatliche Transfers. Nun wird das Grundeinkommen aber erstens mit einem Mindestlohn verbunden. Daher existieren auch keine Niedriglöhne mehr. Und zweitens stärkt es die Verhandlungsmacht der Lohnabhängigen und deren Organisationen enorm. Heute müssen sich nämlich diese bei Strafe der Existenznot faktisch fast allen unökologischen, unsozialen und prekarisierenden Auswirkungen und Bedingungen der Arbeit beugen.

*Der Wirtschaftswissenschaftler Elmar Altvater über Grundeinkommen, Sozialbürokratie und Mindestlohn:*

„Elmar Altvater: Sympathisch am Modell des Grundeinkommens ist, dass es die Sozialbürokratie überflüssig machen und zugleich den von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen eine würdevolle Existenzsicherung gewähren würde. Dabei hängt allerdings alles von der Höhe des Grundeinkommens ab, und zwar absolut wie relativ. Es wird gegen das Grundeinkommen immer eingewandt, es verringere den Anreiz zum Arbeiten. Richtig an dem Argument ist, dass wir auch Mindestlöhne durchsetzen müssen und auf ein Verhältnis zwischen Mindestlohn und Grundeinkommen achten müssen. Dabei dürfen die Löhne nicht so niedrig sein, dass das Grundeinkommen zur Lohnsubventionierung dient. Wir brauchen beides: das Grundeinkommen und den Mindestlohn.“

*Elmar Altvater in Vermessung der Utopie. Ein Gespräch über Mythen des Kapitalismus und die kommende Gesellschaft, München 2009: 156*

## **Plädieren die Gewerkschaften für ein Grundeinkommen?**

In den Gewerkschaften ist die Diskussion und Befürwortung des Grundeinkommens vorangeschritten und wird auch weiter voranschreiten. Natürlich hat die Führung einer jahrhundertlang primär auf Gestaltung der Sozialpartnerschaft mit dem Kapital fixierten Organisation es schwer, sich auf neue Realitäten und Bedürfnisse der Menschen einzustellen. Die Menschen wollen mehr darüber mitbestimmen, ob, was und wie produziert wird. Sie wollen selbstbestimmter zwischen verschiedenen Tätigkeitsbereichen und Lebensformen wählen und wollen vor allem solidarisch, also ohne den Konkurrenzdruck der Profit- und Dividendenmaximierung und ohne den Druck der Existenznot, miteinander kooperieren. Das Grundeinkommen befördert alle diese Möglichkeiten.

*Das bedingungslose Grundeinkommen – ein Top-Thema in der IG Metall:*

In der IG Metall-Broschüre „So wollen wir leben“ heißt es zur Umfrage „Gemeinsam für ein gutes Leben“: „Mit ca. 180.000 Antworten haben die Befragten offensiv die Möglichkeit genutzt, mit der Beantwortung von zwei offenen Fragen unabhängig von vorgegebenen Antwortmöglichkeiten ihre persönliche Meinung zu sagen, ihre individuelle Forderung zu übermitteln. Damit wurde ein Ventil geöffnet, den Frust über ‘die da oben’ an die IG Metall zu übermitteln, der vertraut und zugetraut wird, die Meinung der Menschen gebündelt an die Politik heranzutragen.“ Bei der offenen Frage „Meine persönliche Forderung an die Politik lautet“ war neben fünf anderen das „Bedingungslose Grundeinkommen für alle“ ein Top-Thema!

*IG Metall: So wollen wir leben! Über 450.000 Menschen reden Klartext, Frankfurt/Main 2009;*

*[http://www.igmetall.de/cps/rde/xbcr/internet/docs\\_ig\\_metall\\_xcms\\_147668\\_2.pdf](http://www.igmetall.de/cps/rde/xbcr/internet/docs_ig_metall_xcms_147668_2.pdf)*

*Auch in ver.di gibt es eine Diskussion zum bedingungslosen Grundeinkommen:*

Auf dem ver.di-Bundeskongress 2007 konnte verhindert werden, dass das bedingungslose Grundeinkommen durch einen Antrag des Gewerkschaftsrates in Bausch und Bogen verdammt wurde. Mehrere ver.di-Gliederungen brachten dagegen einen Antrag zum Grundeinkommen ein. Dieser wurde wie folgt beschlossen: „ver.di organisiert einen Denk- und

Diskussionsprozess, der anhand des Themas ‚Grundeinkommen‘ die Entwicklung eines humanen Gesellschaftsmodells zum Ziel hat.“ In diesem angenommenen Antrag hieß es zur Begründung: „Wir leben in einer Zeit, in der der Wert eines Menschen an seiner Arbeit gemessen wird. Dieses manische Schauen auf Arbeit belastet viele sehr, diejenigen, die einen oder mehrere Arbeitsplätze haben und diejenigen, die keinen Arbeitsplatz haben. Dabei müsste niemand ins soziale Abseits rutschen. Dazu müssen wir nur lernen, radikal und revolutionär zu denken.

Bisher machen auch die Gewerkschaften Vollbeschäftigung zum Maßstab ihrer Politik. Sozial ist, was bezahlte Arbeit schafft. Wenn wir wollen, dass alle Menschen unabhängig von bezahlter Erwerbsarbeit ein sozial gesichertes Leben in Würde führen können, müssten traditionelle Vorstellungen der Arbeiterbewegung aufgegeben werden. Eine Dienstleistungsgewerkschaft müsste es schaffen, sich von einer auf Industriearbeit fixierten Vorstellung von Arbeit zu emanzipieren und ein eigenes Verständnis von Arbeit zu entwickeln.“

*ver.di-Bundeskongress 2007: Beschluss B 100, 2007;*

*[http://bundeskongress2007.verdi.de/antraege\\_beschluesse/antrag.html?cat=B&sort=100](http://bundeskongress2007.verdi.de/antraege_beschluesse/antrag.html?cat=B&sort=100)*

*Michael Sommer, DGB-Chef, sieht eine spezifische Möglichkeit, das Grundeinkommen einzuführen:*

„DIE WELT: Setzen Sie im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit weiterhin auf eine Umverteilung von Arbeit und Arbeitszeitverkürzung? Michael Sommer: Ja, natürlich. Aber die Beschäftigten müssen sich Arbeitszeitverkürzung auch leisten können. Hinzu kommt, dass die Menschen mehr Freiheit im Berufsleben brauchen. Die Arbeitnehmer brauchen stärkere Anreize als bisher, in Teilzeit zu gehen oder auch einmal für zwei, drei Jahre eine Auszeit aus dem Berufsleben zu nehmen, um sich weiter zu bilden, um zu reisen, um neue Energie aufzutanken oder um sich stärker der gemeinsamen Kindererziehung zu widmen. Freiwillige Auszeiten sollten durch eine Grundsicherung aufgefangen werden. Wer eine Auszeit aus dem Berufsleben nehmen will, der sollte ein steuerfinanziertes einheitliches Grundeinkommen erhalten, damit er ausreichend abgesichert ist und sein Lebensmodell verwirklichen kann. Ich sehe in dieser sozialen Grundsicherung auch einen wirksamen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Denn die Beschäftigten sind eher bereit, weniger zu arbeiten, wenn sie ein Grundeinkommen erhalten. Aber eine soziale Grund-

sicherung sollte nicht nur jenen helfen, die freiwillige Auszeiten nehmen. Sondern sie sollte auch jenem Drittel unserer Gesellschaft helfen, das droht, aus dem sozialen Zusammenhalt hinaus gedrängt zu werden. DIE WELT: Aber wie wollen Sie das denn finanzieren? Sommer: Da gibt es verschiedene Möglichkeiten. Die Regierung sollte endlich Steuerschlupflöcher schließen und Steuerhinterziehung energischer bekämpfen. Dadurch ließen sich mehrere Milliarden Euro an zusätzlichen Steuereinnahmen gewinnen. Zudem sollte eine Vermögensteuer, höhere Erbschaftssteuern und eine Wertschöpfungsabgabe auf die politische Tagesordnung.“

*Michael Sommer: Pläne der Union werden Ärger geben, Interview in DIE WELT online vom 08. Juli 2002*

### **Nimmt den das Grundeinkommen nicht gerade den Arbeitenden einen Teil des von ihnen erwirtschafteten Produkts weg?**

Nein. Erstens werden bei einem links-emanzipatorischen Finanzierungsmodell nur überdurchschnittliche, ungerechtfertigt erzielte Einkommen belastet. Untere und mittlere Einkommensschichten werden besser gestellt. Zweitens wird mit dem Grundeinkommen lediglich der Anteil des Einkommens durch Arbeit vergesellschaftet, der sowieso allen Menschen gehört: nämlich alle natürlichen und kulturellen Grundlagen und Voraussetzungen der Arbeitsproduktion. Ebenso sind alle unbezahlten, aber notwendigen Tätigkeiten wie Haus-, Sorge- und Pflegearbeiten und das bürger-schaftliche Engagement der Menschen sowohl qualitativ als auch quantitativ die Basis der Erwerbsarbeit. Sie machen ca. 2/3 der gesellschaftlich notwendigen Arbeit aus. Auch dieser Anteil am gesellschaftlichen Produkt und Reichtum wird allen durch das Grundeinkommen gesellschaftlich rückumverteilt. Außerdem: Schon Karl Marx wußte, dass in einer hochgradig verwissenschaftlichten und arbeitsteiligen Gesellschaft die Wertschöpfung des Einzelnen überhaupt nicht exakt dem Einzelnen zuzurechnen ist. Daher plädierte er ja auch für eine andere Produktions- und Distributionsweise, die den überholten bürgerlichen Horizont der Verteilung gemäß der Wertschöpfung überschreitet. Das Grundeinkommen bedeutet, wie bei den öffentlichen, z. T. gebührenfreien Infrastrukturen und Dienstleistungen, letztlich eine emanzipatorische und transformatorische Vergesellschaftung gemeinschaftlichen Eigentums, die dem tatsächlichen Entwicklungsstand der Produktivkraftentwicklung entspricht.

## **War denn aber nicht eine geldlose Gesellschaft eine linke Vision?**

Ja, natürlich. Trotzdem werden in jeder Gesellschaft, in der nicht ein schlaraffenlandartiger Überfluss an allen Gütern und Dienstleistungen gegeben ist, immer Zuteilungsmittel oder Anteilsscheine für diese Güter und Dienstleistungen verteilt – im Falle des Grund“einkommens“ dann in fernerer Zeit eben nicht mehr in Geldform. Bei öffentlich zugänglichen Infrastrukturen und Dienstleistungen kann eine monetäre Form der Umverteilung durch eine Gebührenfreiheit ebenfalls überwunden werden.

## **Vision hin, Vision her: Wie soll denn das Grundeinkommen eingeführt und erst recht finanziert werden?**

Ohne Visionen und Ziele kein richtiger Weg dahin. Das Grundeinkommen ist ein Leitstern, umgeben von dicht bei ihm liegenden anderen Leitsternen. Jede Anerkennung eines gesellschaftlichen Ziels braucht, soll es nicht diktatorisch eingeführt werden, eine breite gesellschaftliche Debatte. Die zahlenmäßig starke Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen in und bei der Partei DIE LINKE hat sich nicht nur zum Ziel gesetzt, das Grundeinkommen in der Partei DIE LINKE mehrheitsfähig zu machen, sondern auch in der gesamten Gesellschaft. Sie ist im Gespräch mit Nichtregierungsorganisation und Sozialen Bewegungen, Parteiengruppierungen in der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, Gewerkschaften, Kirchen und christlichen Verbänden sowie mit Jugendorganisationen. Eine Idee muss zur materiellen Gewalt werden, damit sie gesellschaftlich wirkungsmächtig ist. Viele in der Gesellschaft plädieren bereits für ein Grundeinkommen: 34 Prozent der Bevölkerung in den ostdeutschen Bundesländern, 68 Prozent der Mitglieder der Partei DIE LINKE und 87 Prozent der Wählerinnen und Wähler der LINKEN. Damit das Grundeinkommen weitgehend Konsens in der Gesellschaft wird, muss natürlich noch mehr darüber debattiert werden. Auch muss mit Skeptikerinnen und Skeptikern Ausschau nach gangbaren Wegen für mehr individuelle Freiheit und mehr Solidarität in der Gesellschaft gehalten werden. Die BAG Grundeinkommen hat mehrere Schritte zur Einführung eines Grundeinkommens vorgeschlagen, die sich zum Teil auch schon in Programmen der LINKEN finden. Dass das Grundeinkommen in o. g. Ausgestaltung und die weiteren angestrebten gesellschaftlichen Veränderungen schon heute finanzierbar sind, beweisen mehrere Modelle des Grundeinkommens. Berücksichtigt werden muss dabei auch, dass ein Teil

heutiger steuerfinanzierter Sozialtransfers im Grundeinkommen aufgehen, also abgeschafft werden können, z. B. Hartz IV, Sozialhilfe, BAföG, Kindergeld usw. Wir leben in einer Gesellschaft und einer Welt, in der genug für alle da ist. Allerdings befindet sie sich im eisernen Griff der nationalen und internationalen Finanz- und Kapitalmächte. Auch hier bedarf es einer demokratischen Umwälzung.

### **Und international? Leben wir nicht auf Kosten der ausgebeuteten Entwicklungsländern?**

Ja. Diese müssen aus dem Würgegriff von IWF und Weltbank befreit werden und nun endlich die Chance für eine eigenständige Entwicklung erhalten. Das heißt auch, dass Deutschland seine wirtschaftlichen Aktivitäten mehr nach innen verlagern müsste und manche liebgewonnene billige Ware teurer wird oder gar vom Markt verschwindet. Dies ist erst recht vor dem Hintergrund ökologischer Erfordernisse zu beachten. Das Grundeinkommen selbst ist ein Globales Soziales und Politisches Recht, ein realisiertes Menschenrecht auf soziale Sicherheit und politische, kulturelle und soziale Teilhabe. Linke sind Internationalisten – daher streiten Linke auch für die Durchsetzung dieser globalen Rechte. Auch dafür, dass kein Mensch mehr aus Gründen der existenziellen Not und Ausgrenzung sein Land, seine Familie, seine Kultur verlassen muss.

## **Einleitung zum Konzept der BAG Grundeinkommen in und bei der Partei DIE LINKE für ein Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) in Existenz und Teilhabe sichernder Höhe**

Die Diskussion um das bedingungslose und existenzsichernde Grundeinkommen ist in der linken Debatte nicht neu. Erstmals wurde das Grundeinkommen im Jahr 1796 vom linksliberalen Thomas Spence im Rahmen einer Vergemeinschaftung des Grundbesitzes vorgeschlagen. Charles Fourier, sein Schüler Victor Considérant, der demokratische und humanistische Sozialist Erich Fromm, der hervorragende linke Theoretiker André Gorz und die bekannten linken Wissenschaftler Antonio Negri und Michael Hardt haben das Grundeinkommen aus verschiedenen Blickwinkeln heraus begründet.

Im Jahr 1982 forderte in Deutschland erstmalig die unabhängige Erwerbslosenbewegung ein Grundeinkommen, von ihr Existenzgeld genannt. Inzwischen gibt es ein kaum noch überschaubares Spektrum linker BefürworterInnen eines Grundeinkommens – von vielen Sozialbewegungen, unabhängigen und gewerkschaftlichen Erwerbsloseninitiativen über soziale christliche Initiativen und Organisationen bis hin zu politisch links stehenden WissenschaftlerInnen. Auch der Deutsche Bundesjugendring, das Bundesjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt und die Naturfreundejugend fordern ein Grundeinkommen. Die Mitgliederbefragung zum „guten Leben“ in der IG Metall zeigte, dass das Bedingungslose Grundeinkommen ein Top-Thema der politischen Forderungen der GewerkschafterInnen ist. In der Partei DIE LINKE existiert seit 2005 eine Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen. Die in ihr organisierten Mitglieder und SympathisantInnen sehen die Einführung eines emanzipatorischen Grundeinkommens als aktuelle bzw. mittelfristige politische Aufgabe.

Die Diskussionen und Argumentationen für ein Grundeinkommen sind in der Linken und in der LINKEN sehr vielfältig. Als gemeinsamer Nenner lässt sich aber die Befürwortung einer Grundabsicherung eines jeden Menschen ausmachen, die die Menschenwürde achtet, repressions- und voraussetzungsfrei gewährt wird. Das Grundeinkommen ermöglicht sowohl die freie Verfügung jedes Menschen über sein eigenes Leben als auch die schrittweise Überwindung der Marktverwertungsabhängigkeit des Menschen

– somit die Freiheit von sozialer Not und die Freiheit zu selbst bestimmten Aktivitäten, zur Entwicklung solidarischer und ökologisch nachhaltiger Ökonomien und zur Muße. Arbeitszwang als Ausdruck autoritärer bzw. totalitärer Regimes wird grundsätzlich abgelehnt. Erwerbsarbeit gilt als eine von vielen Tätigkeiten und Formen gesellschaftlicher Teilhabe, aber nicht als die zentrale Tätigkeit bzw. Form gesellschaftlicher Teilhabe und Vergesellschaftung. Allerdings – und das ist politisch gewollt: Durch ein Grundeinkommen wird die gesellschaftliche Position und Autonomie der von Lohnarbeit abhängigen Menschen enorm gestärkt.

Das Existenz und gesellschaftliche Teilhabe sichernde Grundeinkommen ist eine emanzipatorische Antwort auf die zunehmende Prekarisierung und Fremdbestimmung von Arbeit und Leben vieler Menschen. Der humanistische und emanzipatorische Anspruch des Grundeinkommens ist verbunden mit anderen Formen der Überwindung kapitalistischer Produktionsverhältnisse – der demokratischen Kontrolle der Art und Weise des globalen und nationalen Wirtschaftens und des Finanzsektors, der Brechung der kulturellen Hegemonie von Kapital und Konsum, den direkten Formen der Verfügung über die materiellen und kulturellen Mittel und Zwecke der gesellschaftlichen Produktion, wozu im immer größeren Maß auch das lebendige und formalisierte Wissen der Menschen selbst gehört. Das Grundeinkommen befördert die erfolgreiche Durchsetzung von Mindestlöhnen und Arbeitszeitverkürzungen, ebenso die ökonomische Besserstellung und Unabhängigkeit der Frauen. Allerdings sind flankierende Maßnahmen, wie ein gesetzlicher Mindestlohn, gleicher Lohn für gleiche Erwerbsarbeit von Frauen, gesetzliche und tarifpolitische Instrumente zur Umverteilung von Erwerbsarbeit nötig. Das Grundeinkommen ist mit anderen Formen der Daseinsvorsorge der Menschen sowie der Entwicklung öffentlicher Infrastrukturen und Dienstleistungen verbunden – wie z. B. dem uneingeschränkten und weitgehend gebührenfreien Zugang zu Bildung, Kultur, Information, Wissen, Gesundheitsversorgung und Mobilität. Es ist unabdingbar, auch diese Formen der Absicherung der gesellschaftlichen Teilhabe der BürgerInnen auszubauen, demokratisch und autonomieförderlich zu gestalten. Grundeinkommen, Entwicklung der Daseinsvorsorge und der öffentlichen Infrastrukturen sowie der Ausbau des Sozialversicherungssystems zu einer demokratisch organisierten BürgerInnenversicherung bedeuten eine

qualitative Weiterentwicklung des Sozialstaates: Ermöglichung freier individueller Entwicklung aller Menschen, Armuts- und Repressionsfreiheit, bürokratieferne, demokratische Gestaltung des Sozialen und ein Mehr an Umverteilung von oben nach unten. Im Mittelpunkt moderner, demokratischer Wohlfahrtsstaatlichkeit steht die Absicherung aller BürgerInnen.

Selbstverständlich ist, dass das Recht auf eine unbedingte Absicherung allen Menschen zusteht – das Grundeinkommen ist ein globales soziales Recht, ausgestaltet entsprechend den nationalen Besonderheiten. Die notwendige nachhaltige Entwicklung erfordert auch, dem Natur zerstörenden und die Menschheit ihrer Lebensgrundlagen beraubenden kapitalistischen Wirtschaften und expansiven konsumistischen Lebensstil Einhalt zu gebieten – regional, national und global. Das emanzipatorische Grundeinkommen versteht sich als ein Beitrag zur sozial, ökonomisch und ökologisch nachhaltigen Entwicklung der Gesellschaft.

Stefan Wolf, ein Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen in und bei der Partei DIE LINKE, hat das erste, ursprüngliche Grundeinkommenskonzept der BAG (Ausbaustufe) weiterentwickelt. Das hier vorliegende Konzept wurde durch die Mitglieder der Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen in und bei der Partei DIE LINKE nach einer intensiven Diskussion am 03.10.2009 auf der Mitgliederversammlung in Leipzig beschlossen. Die BAG will mit der Veröffentlichung des überarbeiteten Konzepts den Diskussionsprozess zum Grundeinkommen und zu seiner Einführung weiter befördern – in der Partei DIE LINKE und in der gesamten Gesellschaft.

Nach einer Studie über die Kommunikation in der Partei DIE LINKE befürworten 68 Prozent der Mitglieder der Partei DIE LINKE das Grundeinkommen. Nach einer der Bundesgeschäftsführung vorliegenden parteiinternen Studie befürworten 71 Prozent aller WählerInnen und 86 Prozent der WählerInnen der Partei DIE LINKE das BGE. Wir sind also auf dem richtigen Weg!

Für erste Schritte in Richtung des Bedingungslosen Grundeinkommens hat die Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen ein Konzept für lebensphasenbezogene Grundeinkommen entwickelt und in die Debatte um das Wahlprogramm 2009 eingebracht. Dieses Konzept ist ebenfalls auf der Website der Bundesarbeitsgemeinschaft dokumentiert.

## **Konzept der BAG Grundeinkommen in und bei der Partei DIE LINKE. für ein Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) in Existenz und Teilhabe sichernder Höhe**

Von Stefan Wolf

Das hier skizzierte Konzept eines BGE ist eine mögliche Ausbaustufe des Konzeptes der Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen zum menschen- und bürgerrechtskonformen Umbau des Wohlfahrtsstaates. Es ist als Ergänzung zu bestehenden Forderungen und Beschlüssen der Partei DIE LINKE konzipiert.

Im Folgenden sollen die konkrete Ausgestaltung und Finanzierung des Konzepts für ein Bedingungsloses Grundeinkommen kurz erläutert werden.

### **1. Das Bedingungslose Grundeinkommen – Konzept zur Demokratisierung und radikalen Armutsbekämpfung**

Jedem Menschen ab 16 Jahren wird ein individuelles, nicht an eine Bedürftigkeitsprüfung und nicht an einen Zwang zur Arbeits- bzw. Gegenleistung geknüpftes Grundeinkommen garantiert. Die Höhe des Grundeinkommens soll existenz- und teilhabesichernd sein. Das heißt, kein Mensch in Deutschland darf dem Armutsrisiko ausgesetzt sein. Das Bedingungslose Grundeinkommen ist von der Staatsbürgerschaft vollkommen unabhängig. Jeder Mensch, der in Deutschland seinen dauerhaften Wohnsitz (Erstwohnsitz) hat, besitzt einen Anspruch auf das BGE. Der diskriminierende Status sogenannter „Illegaler“ ist abzuschaffen, denn kein Mensch ist illegal! Da die Armutsrisikogrenze als Prozentsatz des median gemittelten Nettoeinkommens definiert ist, ist sie gegenüber Veränderungen der Einkommen, Besteuerungen und Abgaben relativ robust. Trotzdem sollen stattdessen 50 Prozent des gesamten Volkseinkommens als Bedingungsloses Grundeinkommen allen BürgerInnen ausgezahlt werden, wobei Kinder und Jugendliche bis zum 16. Lebensjahr die Hälfte des Satzes von BürgerInnen über 16 Jahren erhalten. Bei einem steigenden Pro-Kopf-Volkseinkommen würde dann nämlich auch das ausgezahlte BGE für alle um den gleichen Prozentsatz steigen. Gleichzeitig braucht es einen Ausbau kostenlos nutzbarer öffentlicher Infrastrukturen und Dienstleistungen für Kinder (Betreuung, Bildungseinrichtungen etc.), da sonst das Grundeinkommen für Kinder deutlich höher liegen müsste.

Die Höhe des BGE liegt über der Armutsrisikogrenze und würde damit die Einkommensarmut in diesem Land beseitigen

(vgl. Tabelle 1 im Anhang). Auch die verdeckte Armut wäre im Gegensatz zur Grund-/Mindestsicherung, die erst nach einer sozial-administrativen Bedürftigkeitsprüfung gewährt wird, grundsätzlich ausgeschlossen. Damit ist das BGE menschenrechtskonform.

Für das Jahr 2007 berechnet hätte jeder in Deutschland mit Erstwohnsitz lebende Mensch ab 16 Jahren ein monatliches BGE in Höhe von 1.010 € und jedes Kind bzw. jeder Jugendliche bis 16 Jahren ein Kindergrundeinkommen in Höhe von 505 € monatlich erhalten. Um die Musterrechnungen zu vereinfachen, wird im Folgenden mit einem BGE in Höhe von 1.000 € bzw. 500 € für Kinder/Jugendliche gerechnet.

Darüber hinaus soll es weiterhin ein modifiziertes Wohngeld geben. Dieses Wohngeld soll jedoch so gestaltet werden, dass die realen Mietpreisunterschiede aufgrund des in diesem Land vorhandenen starken Mietpreisgefälles weitestgehend kompensiert werden. Das bedeutet, dass die neuen Wohngeldtabellen sich an der Höhe der ortsüblichen durchschnittlichen Bruttowarmmiete orientieren sollen. In Regionen mit besonders niedrigen Mietpreisen wäre kein Wohngeld nötig, da das Grundeinkommen gute Wohnverhältnisse absichern würde. In besonders teuren Städten wie beispielsweise München würde ein Mensch, der nur etwa 1.000 € Grundeinkommen und keine weiteren Einkünfte hat, einen sehr großen Teil seines Einkommens für Miete aufbringen müssen. Er hätte in vielen Fällen nicht mehr genug Geld für eine angemessene Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Unser Ziel ist es jedoch, allen Menschen in diesem Land nicht nur ein Existenzsicherndes, sondern auch ein Teilhabe ermöglichendes Mindesteinkommen zu garantieren! Deshalb ist das steuerfinanzierte Wohngeld weiterhin erforderlich.

Für bestimmte Personengruppen werden über das BGE hinausgehende Mehrbedarfe und Sonderunterstützungen gewährt, beispielsweise für Schwangere, chronisch Kranke, Menschen mit Behinderungen.

Das BGE selbst wird im Gegensatz zu bedürftigkeitsgeprüften und bedingten Transfers an alle Menschen, unabhängig davon, ob sie einer Erwerbsarbeit nachgehen bzw. wie viel sie verdienen oder ob sie Vermögen haben, gezahlt. Das BGE ist mit Erwerbseinkommen oder anderen Einkünften voll kumulierbar. Für alle Menschen mit einem zusätzlichen Einkommen bedeutet dies also, dass sich deren Gesamteinkommen aus dem Nettoeinkommen plus BGE

zusammensetzt.<sup>23</sup> Bei einem gesetzlichen Mindestlohn von 10 € pro Stunde<sup>24</sup>, wie ihn DIE LINKE fordert, hat jeder Mensch, der 35 Stunden pro Woche arbeitet, nach unserem Konzept ein garantiertes Nettoeinkommen von ca. 1.750 € (vgl. Tabelle 2 im Anhang). Menschen mit großem Vermögen werden jedoch durch eine vorgesehene Vermögenssteuer zusätzlich belastet. Da das BGE allen BürgerInnen die Existenz und Teilhabe sichern soll, sind eine konsequente demokratische Einführung, Ausgestaltung und Kontrolle vonnöten. Die Diskussion um das BGE ist öffentlich zu führen. Die Einführung des BGE soll Gegenstand einer breiten, demokratischen Willensbekundung der BürgerInnen sein. Die Kontrolle und Verwaltung des BGE-Fonds obliegen frei gewählten BürgerInnen.

## **2. Bruttokosten des BGE und Finanzierung durch Umgestaltung des Steuersystems**

Als Basisdaten zur Berechnung der Kosten des BGE dienten in der Regel die statistischen Daten für das Jahr 2007. Die Zahlen müssten entsprechend der wirtschaftlichen Entwicklung regelmäßig aktualisiert werden. Das BGE würde bei 1.000 € pro Monat bzw. 500 € für Kinder bis 16 Jahre etwa 914 Milliarden € pro Jahr kosten.<sup>25</sup> Es soll durch folgende zweckgebundene Abgaben finanziert werden, die alle direkt in einen vom Staatshaushalt unabhängigen BGE-Fonds fließen. Der BGE-Fonds soll als Anstalt öffentlichen Rechts organisiert sein und durch die BürgerInnen demokratisch selbst verwaltet werden. Mit der Einführung des BGE werden alle steuerlichen Freibeträge und Absetzungsmöglichkeiten inklusive Ehegattensplitting und Kinderfreibeträgen gestrichen. Ausgenommen bleibt der steuerliche Grundfreibetrag, der auf 12.000 € pro Jahr und Person erhöht wird.

**1.)** Eine Grundeinkommensabgabe von 35 Prozent auf alle Einkommen ab dem ersten Euro (Einnahme: ca. 638 Milliarden € pro Jahr).<sup>26</sup> Die Abgabe wird erhoben auf alle Primäreinkommen (Einkommen aus unternehmerischer, selbständiger und nichtselbständiger Tätigkeit, Miet-, Pacht- und Zinseinkünfte, Dividenden-

---

23 Menschen mit großem Vermögen werden durch eine vorgesehene Vermögenssteuer zusätzlich belastet. Erben sollen eine Erbschaftssteuer entsprechend der Beschlusslage unserer Partei zahlen.

24 10 € Mindestlohn entsprächen für das Jahr 2007 auch etwa 50 Prozent des durchschnittlichen Stundenbruttolohns in Deutschland.

25 In Deutschland lebten nach Angaben des Statistischen Bundesamtes zum 31.12.2006 insgesamt 82,31 Millionen Menschen, davon waren 12,32 Millionen unter 16 Jahre alt.

26 Nach Statistischem Bundesamt betrug das Volkseinkommen 2007 1.823,6 Milliarden €.

zahlungen, Einkommen aus Vermögensbesitz etc.), nicht jedoch auf staatliche Transferzahlungen!

Erklärung: Da zur Finanzierung eine direkte Abgabe von 35 Prozent auf alle Einkommen eingeführt wird, wird im Gegenzug die progressive Einkommensteuer gesenkt. Bei der Einkommensteuer soll folgende Besteuerung gelten: 12.000 € pro Person und Jahr sind einkommensteuerfrei. Der Eingangssteuersatz sinkt auf 7,5 Prozent und steigt linear-progressiv auf 25 Prozent ab einem Jahreseinkommen von 60.000 € pro Jahr und Person. Die Steuereinnahmen aus der Einkommenssteuer sinken dadurch gegenüber heute. Insgesamt steigt aber die Belastung von höheren Einkommen deutlich: Ab dem 60.000. Euro betragen die Steuern und Sozialabgaben auf jeden zusätzlich verdienten Euro zusammen 70 Prozent! Das BGE ist die Zahlung einer steuer- und abgabenfreien Sozialdividende an alle Einwohner des Staates.

**2.)** Eine Börsenumsatzabgabe<sup>27</sup> in Höhe von 1 Prozent auf Erstemissionen und 1,5 Prozent auf den Sekundärhandel (Einnahme: ca. 35 Milliarden € pro Jahr).

**3.)** Eine Sachkapitalabgabe in Höhe von 0,7 Prozent des Verkehrswertes bei Immobilien, ansonsten 1,4 Prozent des Nettosachkapitalwertes (Einnahme: ca. 70 Milliarden € pro Jahr).<sup>28</sup>

**4.)** Eine Primärenergieabgabe in Höhe von 2,50 Cent/kWh, was auf den Endverbrauch umgerechnet durchschnittlich ca. 3,55 Cent/kWh entspräche (Einnahme: ca. 98 Milliarden € pro Jahr). Bei 2.000 kWh Strom-Jahresverbrauch (Durchschnittsverbrauch Einpersonenhaushalt)<sup>29</sup> liegt die monatliche Mehrbelastung des Haushaltes beim Strom durchschnittlich bei etwa 5,90 €; Energiesparen wird lohnender.<sup>30</sup>

**5.)** Eine Abgabe auf Finanztransaktionen, denen keine Ware oder reale Dienstleistung zu Grunde liegt. Dabei wird ein persönlicher monatlicher Freibetrag von 1.500 € eingeräumt (Volumen: ca. 25 Milliarden € pro Jahr).

**6.)** Eine neu einzuführende Luxusumsatzabgabe auf Luxusgüter

---

27 Eine Börsenumsatzabgabe ist eine Kapitalverkehrssteuer auf den Umsatz mit Wertpapieren (Aktien, Festverzinsliche Wertpapiere, Investmentzertifikate).

28 Sach- oder Realkapital sind die Betriebsmittel (Kapitalstock) eines Unternehmens ohne die immateriellen Anteile und Humankapital. Abgabepflichtig werden sollen aber zusätzlich auch alle Immobilien, sowohl selbstgenutzte als auch vermietete, Wohnimmobilien aber nur mit dem halben Satz.

29 Presseinformation der EnergieAgentur NRW „Strombedarf von Privathaushalten unterschiedlicher Größe“ vom 04.06.2006.

30 Primärenergie ist die Energie, die mit den natürlich vorkommenden Energieträgern zur Verfügung steht, Endenergie die nach Umwandlungsprozessen und Übertragungsverlusten letztlich vom Verbraucher nutzbare Energiemenge.

(Einnahme: ca. 60 Milliarden € pro Jahr).<sup>31</sup> Als Luxusgüter deklariert werden sollen z. B. teure Autos, Yachten, Schmuck und Pelze, ökologisch schädliche Produkte und andere Güter, die nicht zum Grund- oder Alltagsbedarf der Menschen zählen. Ein detailliertes Konzept muss noch erarbeitet werden.

Die genannten Einnahmen belaufen sich auf ca. 926 Milliarden €. Damit sind – auch unter Berücksichtigung von Schwankungen – die Bruttokosten des BGE in Höhe von ca. 914 Milliarden € finanziert. Mit den Mehreinnahmen sollen Rücklagen in dem durch die BürgerInnen demokratisch selbst verwalteten Grundeinkommensfonds gebildet werden.

### **3. Umbau der sozialen Sicherungssysteme (monetäre Sozialleistungen)**

Durch den Umbau der sozialen Sicherungssysteme ergeben sich relevante Veränderungen für verschiedene Bereiche der sozialen Sicherung, die im Folgenden kurz skizziert werden sollen.

#### **3.1 Soziale Versicherungssysteme**

– Das neue Rentensystem besteht aus der Basisrente (= BGE) plus gesetzlicher solidarischer BürgerInnenzusatzversicherung im Volumen von 127,4 Milliarden €. Die 127,4 Milliarden € der BürgerInnenzusatzversicherung werden durch einen erhobenen Versicherungsbeitrag von insgesamt 7 Prozent auf alle Einkommensarten finanziert. Bei Lohn Einkommen wird der Beitrag paritätisch zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen aufgeteilt. Der Arbeitgeberanteil soll als Wertschöpfungsabgabe erhoben werden. Bei Selbständigen wird der Arbeitgeberanteil aus dem Staatshaushalt gezahlt.<sup>32</sup> Das Renteneintrittsalter ist ab 60 Jahren frei wählbar. Für jeden Monat, den ein Mensch später in Rente geht, erhöht sich der Rentenzahlbetrag. Die Berechnung der Renten erfolgt wie heute nach einem beitragsabhängigen Punktesystem, wobei für alle gilt, dass geleistete Beiträge für die ersten 24.000 € Jahreseinkommen mit dem Faktor 2 gewichtet werden, darüber hinausgehende Beitragszahlungen mit dem Faktor 1. Dies würde einem Rentenbeziehenden, der 35 Jahre

---

31 Diese Abgabe ist als zusätzliche Abgabe analog der Mehrwertsteuer auf als Luxusgüter definierte Waren und Dienstleistungen angedacht.

32 Die Übernahme des Arbeitgeberanteils bei Selbständigen in den Sozialversicherungen ist notwendig, da ansonsten die Abgabenquote ab dem 60.000. € pro Jahr bei Einkommen aus selbständiger Tätigkeit bei ca. 80 Prozent läge, bei nicht selbständiger Tätigkeit jedoch nur bei 70 Prozent. Steuerliche Absetzmöglichkeiten für Versicherungsbeiträge von Selbständigen sollen im Gegenzug komplett gestrichen werden!

lang durchschnittlich 30.000 € Bruttojahreseinkommen hatte, mit einem Renteneintrittsalter von 65 Jahren, grob geschätzt, eine gesetzliche Rente von 490 € und zusammen mit dem BGE (als Grundrente im Alter) ein Nettoeinkommen von ca. 1.490 € bringen!<sup>33</sup> Der durchschnittliche Rentenzahlbetrag in der gesetzlichen Rentenversicherung lag dagegen im Juli 2007 nur bei 719,02 €. Für die Einkommenssituation der RentnerInnen würde dies daher bedeuten, dass diese in der Summe statt bisher rund 289 Milliarden<sup>34</sup> aus den öffentlichen Rentenversicherungssystemen inklusive Pensionen dann insgesamt etwa 355 Milliarden € pro Jahr (Summe BGE + staatliche Rentenzusatzversicherung) erhalten. Altersarmut wäre ausgeschlossen. Der bisherige steuerfinanzierte Bundeszuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung in Höhe von rund 79 Milliarden €<sup>35</sup> entfällt. Die frei werdenden Bundesmittel können stattdessen wie folgt verwendet werden: Ca. 25 Milliarden Euro werden als Bundeszuschuss für Selbständige in die Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung eingezahlt, weitere 40 Milliarden € sollen für öffentliche Infrastrukturen und Dienstleistungen und die Verbesserung des Bildungssystems ausgegeben werden. Blieben ca. 14 Milliarden € an freigeordneten Mitteln, die zur Stabilisierung des Bundeshaushalts verwendet werden könnten. Die gesetzliche solidarische BürgerInnenrentenversicherung wird durch die BürgerInnen selbst verwaltet. Die Beitragsbemessungsgrenze wird abgeschafft.

— Die Kranken- und Pflegeversicherung wird zu einer gesetzlichen solidarischen BürgerInnenversicherung umgebaut und eine solidarische Abgabe von 13 Prozent eingeführt, wovon bei Lohneinkommen der Beitrag paritätisch von ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen (jeweils 6,5 Prozent) erbracht wird. Der Arbeitgeberanteil soll als Wertschöpfungsabgabe erhoben werden. Durch diesen Beitrag stehen rund 236 Milliarden € jährlich für diesen Bereich inklusive Lohnfortzahlung zur Verfügung. 2007 betragen die Ausgaben in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung 174,5 Milliarden €, in der privaten Krankenversicherung ca. 24 Milliarden € (Summe bisher: 198,5 Milliarden €). Da alle privat Versicherten mit Einführung der solidarischen Kranken- und Pflegeversicherung in diese gesetzliche Versicherung integriert werden, steigen die Ressourcen der neuen gesetzlichen Kranken-

---

33 Zahlen zur Rentenhöhe basieren auf Schätzungen des Verfassers.

34 Zahlen für 2007: 246,2 Milliarden € gesetzliche Rentenversicherung plus landwirtschaftliche Alterskassen, 42,36 Milliarden € Pensionen und Beihilfen für Rentenbeziehende.

35 Betrag für das Jahr 2007.

und Pflegeversicherung um rund 37 Milliarden € pro Jahr. Alle Menschen, die über das BGE hinaus keine weiteren Einkommen haben, sind kostenfrei gesetzlich kranken- und pflegeversichert. Die „Arbeitgeberbeiträge“ für Selbständige werden wie bei der Rentenversicherung aus dem Staatshaushalt gezahlt. Die gesetzliche solidarische BürgerInnenkranken- und -pflegeversicherung wird durch die BürgerInnen selbst verwaltet. Die Beitragsbemessungsgrenze wird abgeschafft.

— Die bisherige Arbeitslosenversicherung soll zu einer Erwerbslosenversicherung umgebaut werden. Diese könnte unseren Vorstellungen nach wie folgt aussehen: Das Erwerbslosengeld entspricht 80 Prozent der letzten Nettobezüge bis zu einer maximalen Höhe von 2.500 € pro Monat und ist steuer- und abgabenfrei. Die Mindestinzahldauer für einen Anspruch auf das ALG I beträgt 1 Monat. Die Zahldauer richtet sich nach der Länge der vorhergehenden Erwerbstätigkeit. Nach einem Monat Erwerbstätigkeit wird es einen Monat lang gezahlt, nach 2 Monaten zwei Monate lang usw. Ab einem Jahr Erwerbstätigkeit beträgt die Zahldauer 12 Monate plus einen Monat für jedes weitere Jahr der Erwerbstätigkeit. Werden Anwartschaften nicht voll genutzt, weil die Erwerbslosigkeit schon vorher endet, so gehen diese Zeiten nicht verloren, sondern werden dem Berechtigten gutgeschrieben und bei einer eventuellen neuen Erwerbslosigkeit mitgezählt. Mit Erreichen des Renteneintrittsalters erlischt der Restanspruch des Erwerbslosengeldes. Für Beziehende kleiner und mittlerer Einkommen erhöht sich damit die Lohnersatzrate und damit die dekommodifizierende Wirkung des Erwerbslosengeldes spürbar. Das heißt, diese Menschen sind weniger dem ökonomischen Druck ausgesetzt, auch eine vielleicht nicht passende oder schlecht bezahlte Arbeit aufzunehmen. Die Erwerbslosenversicherung wird wie die anderen Sozialversicherungen durch Beiträge auf alle Primäreinkommen finanziert. Bei Lohnereinkommen wird der Beitrag paritätisch von ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen gezahlt, wobei der Arbeitgeberanteil als Wertschöpfungsabgabe gestaltet werden soll. Bei Selbständigen wird der „Arbeitgeberanteil“ als Staatszuschuss an die Erwerbslosenversicherung geleistet. Das Beitragsvolumen ist von der Zahl der Erwerbslosen abhängig und daher schwer realistisch zu schätzen. Für Zeiten mit höherer Arbeitslosigkeit sollen Rücklagen gebildet werden, um die Beiträge möglichst stabil zu halten. 2007 betragen die Geldleistungen der Arbeitslosenversicherung ca. 24,8 Milliarden € pro Jahr. Da nicht abzuschätzen ist, wie sich die Erwerbslosigkeit mit Einfüh-

rung eines BGE entwickeln würde, diese aber nach Schätzung des Verfassers mit dem BGE aufgrund der Kaufkraftsteigerung und zusätzlicher freiwilliger wie gesetzlicher Arbeitszeitverkürzungen in der Summe sinken würde, wird für die Modellrechnungen vereinfachend das Beitragsvolumen wegen höherer Leistungen auf 30 Milliarden (entspricht etwa dem 1,2 fachen Ist von 2007) gesetzt.<sup>36</sup> Zu den Zahlbeträgen aus der Erwerbslosenversicherung erhalten die Erwerbslosen auch noch das BGE, so dass Erwerbslose in der Regel finanziell gegenüber heute deutlich besser gestellt werden! Zudem soll ein ausschließlich von ArbeitgeberInnen finanzierter Arbeitsmarktfonds im Volumen von jährlich 25 Milliarden € zur Finanzierung der aktiven Arbeitsmarktpolitik eingeführt werden. Die Erwerbslosenversicherung wird durch die versicherten BürgerInnen selbst verwaltet. Die Beitragsbemessungsgrenze wird abgeschafft.

— Die gesetzliche Unfallversicherung wird weiterhin ausschließlich durch Arbeitgeberbeiträge finanziert.

### **3.2 Steuerfinanzierte monetäre Sozialleistungen**

- Die steuerfinanzierten Ausgaben für Kindergeld, Erziehung und weitere Familienbeihilfen in Höhe von zusammen etwa 40 Milliarden € pro Jahr<sup>37</sup> entfallen, da diese Leistungen im BGE integriert sind.
- Die steuerfinanzierten Ausgaben für die Grundsicherung für Arbeitsuchende (ALG II, Hartz IV), die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung und die Sozialhilfe in Höhe von etwa 44 Milliarden € pro Jahr<sup>38</sup> entfallen, da diese Leistungen im BGE integriert sind.
- Die steuerfinanzierten Ausgaben für BAföG in Höhe von ca. 1,5 Milliarden € entfallen, da diese im BGE integriert sind.

## **4. Nettokosten des BGE**

Der Nettomehrbedarf des steuerfinanzierten BGE ohne weitere sozialpolitische Begleitmaßnahmen wäre unter Berücksichtigung der eingesparten Kosten für die steuerfinanzierten Sozialtransfers in Höhe von rund 85 Milliarden € und der Tatsache, dass das BGE auch als Grundrente für alle Rentenbeziehenden gilt, was

---

<sup>36</sup> Entsprechend wird in den Modellrechnungen der Beitragssatz zur Erwerbslosenversicherung auf insgesamt 1,6 Prozent festgesetzt.

<sup>37</sup> Davon laut Statistischem Bundesamt 2007 34,37 Milliarden € für Kindergeld.

<sup>38</sup> 2007 wurden für diese Bereiche laut Statistischem Bundesamt zusammen ca. 44 Milliarden € ausgegeben.

Rentenausgaben von ca. 195 Milliarden € pro Jahr entspräche, ca. 635 Milliarden.<sup>39</sup> Hinzu kämen Steuermehreinnahmen durch mehr Konsum der mittleren und unteren Einkommensschichten, die deutlich höher lägen als die Mindereinnahmen bei der Einkommensteuer, die durch dann denkbare freiwillige Arbeitszeitverkürzung entstehen.<sup>40</sup> Dadurch würden die Nettokosten des BGE weiter sinken.

## **5. Das BGE in Rezessionsphasen**

Da das BGE an die volkswirtschaftliche Entwicklung gekoppelt ist, würde die Höhe der Geldleistung bei einem Schrumpfen des Volkseinkommens ebenfalls sinken. Das BGE ist von uns zwar nicht als antizyklisch steuerndes Korrektiv gedacht, soll aber auch nicht zur Verschärfung einer Wirtschaftskrise beitragen, indem die Grundeinkommensleistung im Krisenfall ebenfalls gekürzt wird. Um dieses Problem zu lösen, sollen o. g. Überschüsse und weitere Rücklagen in einem Rücklagefonds in Höhe von maximal 10 Prozent des Volkseinkommens gebildet werden, der im Falle einer Rezession bei sinkendem Volkseinkommen das BGE temporär konstant lässt, indem diese Rücklagen dann zur antizyklischen Krisensteuerung eingesetzt werden. Sollte es zu einer mehrjährigen Rezession kommen, müssten allerdings weitere Maßnahmen ergriffen werden, da dann auch diese Rücklage womöglich nicht ausreichen würde!

## **6. Auswirkungen auf Unternehmen**

Die ArbeitgeberInnen und Unternehmen zahlen in der Summe deutlich mehr: mehr Sozialversicherungsabgaben und zusätzlich die Sachkapitalabgabe und die Energieverbrauchsabgabe.<sup>41</sup> Durch die teilweise Umstellung der Beiträge zur Sozialversicherung auf eine Wertschöpfungsabgabe werden aber viele kleine und mittlere Unternehmen und ertragsschwache Unternehmen gegenüber heute entlastet. Damit wird ein Beitrag zur Förderung des kleinen Mittelstandes geleistet.

---

39 Dabei wird vorsichtig angenommen, dass ca. 2/3 der bisherigen 289 Milliarden € an gezahlten gesetzlichen Renten und Pensionen Zahlbeträge unter der Höhe von 1.000 € monatlich pro RentnerIn wären, die durch das BGE ersetzt werden.

40 Es ist davon auszugehen, dass viele Menschen mit BGE ihre Arbeitszeit freiwillig reduzieren würden und dadurch aufgrund eines niedrigeren Jahresbruttoeinkommens aus Erwerbsarbeit weniger Einkommensteuer zu zahlen wäre.

41 Auf eine Berechnung der genauen Beträge wird an dieser Stelle aufgrund der Komplexität verzichtet. Es müsste ermittelt werden, wie hoch der exakte Anteil der Unternehmen an der Sachkapitalsteuer und der Primärenergiesteuer wäre, sowie berechnet werden, wie sich die Sozialversicherungsbeiträge durch Wegfall der Beitragsbemessungsgrenze und Veränderung der Beitragssätze nominal verändern würden.

## **7. Ausbau und Demokratisierung der öffentlichen Infrastrukturen und Dienstleistungen**

Ein bedingungsloses Grundeinkommen hat den Sinn und Zweck, allen Menschen ein existenz- und teilhabesicherndes Einkommen zu garantieren. In diesem Zusammenhang ist allen BürgerInnen ein kostenfreies, pfändungssicheres Grundeinkommenskonto zur Verfügung zu stellen. Da die notwendige Höhe dieses Grundbedarfes in Geldform auch von den Gebühren für die Nutzung von Infrastrukturen und Dienstleistungen abhängt, sollte die Höhe des BGE auch diese Kosten berücksichtigen. Ist dies nicht der Fall, müsste das Kindergrundeinkommen höher liegen. Ein Kindergrundeinkommen in Höhe von „nur“ 500 € geht daher einher mit dem Ausbau öffentlicher Betreuungs- und Bildungsangebote.

Dazu zählen zwingend der Rechtsanspruch ab dem ersten Lebensjahr auf ganztägige Betreuung in Kindertagesstätten mit hoher Betreuungsqualität, der Ausbau der Kindertagesstätten in Bezug auf pädagogisches Profil und Platzangebot, der Ausbau von Gemeinschafts- und Ganztagschulen mit dem perspektivischen Ziel der bundesweiten Etablierung einer Gemeinschaftsschule bis zur Klasse 10 und eines inklusiven Betreuungs- und Bildungsangebotes, die sozialpädagogische Unterstützung an jeder Schule sowie die Verankerung individueller Förderung der Kinder und Jugendlichen innerhalb des öffentlichen Betreuungs- und Bildungsangebotes. Die kostenlose Kinderbetreuung kann und soll durch die frei werdenden Mittel im Bundeshaushalt für den Bereich der Rentenversicherung (siehe Punkt 3.1 oben) finanziert werden. Sollte es einen landesweit kostenlosen ÖPNV für alle geben, kann das Grundeinkommen um die entsprechenden Einsparungen bei den Mobilitätskosten gesenkt werden. Ein Vorschlag wäre, gegenüber heute rund 40 € pro Person und Monat zusätzlich in den öffentlichen Nahverkehr zu stecken um alle Gemeinden mit einem guten Verkehrstakt zu versorgen und auch in den Städten weitere neue Linien zu schaffen. Dieser Bedarf könnte über eine solidarische ÖPNV-Abgabe oder über Steuern finanziert werden. Im Gegenzug könnte das BGE um den entsprechenden Betrag gesenkt werden, da niemand mehr eine Monatskarte für den ÖPNV oder Anschlussfahrkarten bräuchte.

Es sollen vor allem folgende Bereiche von Infrastrukturen und Dienstleistungen qualitativ und quantitativ deutlich verbessert werden:

- 1.** Ein Bildungssystem, das herkunftsunabhängig jeder und jedem die gleichen Chancen bietet und es Menschen möglich

macht, auch auf dem zweiten Bildungsweg alle Berufsziele zu verwirklichen. Dazu gehört eine verbesserte Kinderbetreuung, die gebührenfreie Krippen-, Kindergarten- und Hortplätze für alle einschließt, gebührenfreier Schulbesuch und ein gebührenfreies Studium.

**2.** Ein umfassender Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs mit der Zielsetzung, diesen für alle Menschen gebührenfrei anzubieten.

**3.** Eine ökologisch ausgerichtete öffentliche Infrastruktur, insbesondere in den Bereichen Fernverkehr, Energie, Wasser, Entsorgung, Post und Telekommunikation. Über die schrittweise Einführung von Gebührenfreiheiten ist demokratisch zu entscheiden.

**4.** Die gebührenfreie Möglichkeit der Teilnahme am politischen, kulturellen, sozialen und sportlichen Leben, einschließlich der gebührenfreien Nutzung entsprechender Infrastrukturen und Dienstleistungen.

**5.** Ein ungehinderter und gebührenfreier Zugang für alle zu Information, Wissen und Internet.

Privatwirtschaftliche, gewinnorientierte DienstleisterInnen in den Bereichen Verkehr, Wasser- und Abfallwirtschaft, Energie, Post und Telekommunikation sind zurückzudrängen. Dies bedeutet aber nicht automatisch, dass diese Betriebe (wieder) alle zu klassischen Staats-, Landes- oder Kommunalbetrieben umfunktioniert werden müssten. Gemeinnützige bürgereigene oder genossenschaftliche Betriebe wären genauso denkbar und womöglich in manchen Fällen sinnvoller. Entscheidend neben der angestrebten Gebührenfreiheit ist die demokratische Gestaltung der Angebote, um diese den Ansprüchen und Wünschen der NutzerInnen entsprechend einzurichten. Das heißt, mit der Ausgestaltung der öffentlichen Infrastrukturen und Dienstleistungen ist zugleich eine Demokratisierung der Gesellschaft auch in diesen Bereichen angestrebt. Gebührenfreie Infrastrukturen und Dienstleistungen und deren öffentliche und demokratische Organisation sind zwei Seiten einer Medaille.

Grundsätzlich gilt: Wenn das bedingungslose Grundeinkommen als eine Leistung zur Existenz- und Teilhabesicherung gedacht ist und gebührenfreie Güter, Infrastrukturen und Dienstleistungen daher als Teil dieser Leistung betrachtet werden, können bei fortschreitender Gebührenfreiheit die von uns fürs BGE gedachten 50 Prozent des Volkseinkommens auch verstärkt zu deren Finanzierung herangezogen werden.

## 8. Einnahmen des Staates und der sozialen Sicherungssysteme gesamt

Insgesamt würde ein deutlich verändertes Netz an sozialen Sicherungssystemen entstehen. Die umfangreichste Leistung wäre das BGE, das aus einem staatsunabhängigen Etat finanziert wird. Alle zur Finanzierung des BGE eingeführten Abgaben fließen in einen demokratisch selbstverwalteten BGE-Fonds. Durch den Wegfall der genannten steuerfinanzierten Sozialleistungen würden die Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen spürbar entlastet, und es könnten diese frei werdenden Mittel zur Finanzierung öffentlicher Infrastrukturen und Dienstleistungen herangezogen werden. Die Sozialversicherungen bleiben als eine wichtige Säule des sozialen Sicherungssystems bestehen und werden qualitativ verbessert. Trotz des Zwei-Säulen-Modells aus BGE plus zusätzlichen Sozialversicherungen wird in diesem Konzept jedoch das Volumen der Sozialversicherungsleistungen insgesamt nur wenig verringert. 2007 betragen sämtliche Einnahmen der Sozialversicherungen 477,7 Milliarden €. <sup>42</sup> Nach Einführung des BGE würden die Einnahmen (inklusive Arbeitsmarktfonds) insgesamt noch immer 418,4 Milliarden € betragen (zusätzlich zum BGE, das die Menschen erhalten!).

Die Sozialleistungsquote würde sich dann wie folgt zusammensetzen:

Bedingungsloses Grundeinkommen	914 Milliarden €
Gesetzliche Rentenversicherung	127,4 Milliarden €
Gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung	236 Milliarden €
Erwerbslosenversicherung	30 Milliarden €
Arbeitsmarktfonds	25 Milliarden €
Unfallversicherung	11 Milliarden €
Zusätzliche Ausgaben Infrastruktur/ Dienstleistungen/Bildung	40 Milliarden €
Restliche Sozialleistungen von Bund/ Ländern/Kommunen	5,4 Milliarden € <sup>43</sup>
<hr/> Summe:	<hr/> 1.468,8 Milliarden €

<sup>42</sup> Zahlen: Statistisches Bundesamt für 2007.

<sup>43</sup> Laut Statistischem Bundesamt 2007: 82,2 Mrd. Sachleistungen, Kriegsopferversorgung + Wohngeld 3,18 Milliarden €.

Die Sozialleistungsquote des Staates würde auf 60,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes steigen, die Staatsquote insgesamt um 32,4 Prozent auf 76,7 Prozent. Dieser Wert ist jedoch nur nominal so erschreckend, da der größte Teil dieser Mehrausgaben durch Abgaben und Steuern eingesammelt und zu gleichen Teilen an alle BewohnerInnen dieses Staates wieder als BGE ausgezahlt würde. Würde das Grundeinkommen in gleicher Höhe nicht als Sozialdividende, sondern als Negative Einkommensteuer (NES) ausgezahlt, läge die Sozialleistungsquote je nach konkreter Ausgestaltung des NES-Grundeinkommens nur um ca. 10 bis 15 Prozent höher als bisher. Damit würde die Staatsquote nur auf etwa 55-60 Prozent des BIP ansteigen.<sup>44</sup> Das ist in etwa das Niveau Schwedens! Schweden hatte 2007 eine Staatsquote von 56,3 Prozent. Die hohe Staatsquote in unserem Konzept existiert daher eigentlich nur auf dem Papier und ist durch den Auszahlungsmodus des Grundeinkommens in Form einer Sozialdividende bedingt.

## **9. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und Schaffung eines ÖBS**

**a)** Arbeitsrechtliche Verbesserungen inklusive radikaler Arbeitszeitverkürzung und -umverteilung sowie eines gesetzlichen Mindestlohns von 10 € pro Stunde.

**b)** Abschaffung und Ersetzung aller 1-€-Jobs

Statt 1-€-Jobs werden öffentlich geförderte Arbeitsplätze (Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor) geschaffen, die von Arbeitsuchenden entwickelt und freiwillig besetzt werden können. Sie sind mindestens in Höhe des gesetzlichen Mindestlohns zu vergüten. Branchenspezifische Tariflöhne sind einzuhalten. Die Finanzierung dieser öffentlich geförderten Arbeitsplätze erfolgt aus dem o. g. neu zu schaffenden Fonds für Arbeitsmarktpolitik (25 Milliarden €).

**c)** Gleicher Tariflohn und Mindestlohn sowie Zurückdrängung des Zeitarbeitssektors. Für LeiharbeiterInnen soll wie für reguläre Beschäftigte der branchenübliche Tariflohn beziehungsweise mindestens der gesetzliche Mindestlohn gezahlt werden. LeiharbeiterInnen haben wie alle anderen Beschäftigten Anspruch auf das Grundeinkommen. Es ist zu prüfen, ob darüber hinaus nicht den LeiharbeiterInnen ein Flexibilitätsbonus gewährt werden soll! Der

---

<sup>44</sup> Schätzungen des Verfassers. Um diese These zu belegen, plant der Verfasser ein Grundeinkommen in gleicher Höhe als Negativ-Einkommensteuer-Modell zu entwickeln und vorzulegen. Mit diesem Ansatz würde das Grundeinkommen nur noch ca. die Hälfte vom Netto (Punkt 4) kosten.

Zeitarbeitssektor ist zu vergesellschaften und in seiner Bedeutung zurückzudrängen. Unternehmen ab 100 Beschäftigten haben generell keine Möglichkeit mehr, LeiharbeiterInnen einzusetzen.

### **10. Das BGE als Teil einer Gesamtstrategie**

Wir betrachten das Bedingungslose Grundeinkommen weder als Allheilmittel für wirtschaftliche und soziale Probleme noch als singuläres Projekt. Vielmehr ist das BGE als Bestandteil einer emanzipatorischen und gesellschaftstransformatorischen Gesamtstrategie zu betrachten, die insbesondere auch folgende Aspekte beinhaltet:

- Arbeitsrechtliche Verbesserungen inklusive radikaler Arbeitszeitverkürzung und -umverteilung sowie eines gesetzlichen Mindestlohns von 10 € pro Stunde.
- Massive Umverteilung von oben nach unten mittels BGE und Besteuerung, insbesondere durch eine stärkere Belastung von Kapital, Vermögen und hohen Einkommen.
- Ausbau und Demokratisierung der sozialen Sicherungssysteme.
- Ausbau und Demokratisierung öffentlicher Infrastrukturen und Dienstleistungen.
- Radikale Umverteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit (bezahlte wie unbezahlte) zwischen den Geschlechtern. Dabei sind weitere Maßnahmen zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit erforderlich, wie z. B. gleicher Lohn für gleiche Arbeit, gleiche Zugangschancen zu Bildung und beruflichen Positionen.
- Eine gesellschaftliche (inkl. wirtschaftliche) Entwicklung und ein Gesellschaftskonzept, das in hohem Maße auf ökologische Nachhaltigkeit setzt.
- Schaffung einer solidarischen, partizipativen und kooperativen Gesellschaft, die auf der Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft und der Freiheit des Einzelnen basiert.
- Eine grundlegende Eigentumsumverteilung inklusive der Übertragung der realen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel an die Beschäftigten und die BürgerInnen.

### **Das Grundeinkommen als Menschenrecht ist europa- und weltweit einzuführen.**

Dennoch besitzt schon das BGE, so wie wir es verstehen, ein Potential, mit dem das kapitalistische Wirtschaftssystem überwunden werden kann: Aufgrund der Höhe des BGE hat dies eine stark dekommodifizierende Wirkung. Das heißt, der Zwang der Lohnabhängigen, ihre Arbeitskraft auf dem sogenannten Arbeitsmarkt zu

fast jedem Preis zu verkaufen, entfällt.

Dies stärkt sowohl den Einzelnen als auch die Lohnabhängigen generell. Gewerkschaften und andere Interessenvertretungen der Beschäftigten könnten wieder in die Offensive gehen und für weitergehende Veränderungen der Arbeitswelt, der Eigentumsverhältnisse an Produktionsmitteln und der Arbeitsorganisation eintreten.

Aufgrund der Freiheit eines jeden Menschen würde Arbeit nicht mehr nur nach dem „Marktwert“ vergütet, sondern zu großen Teilen auch nach dem ideellen Wert der Arbeit, da kaum noch jemand eine unattraktive, schlecht bezahlte Arbeit annehmen würde. Das Lohnniveau könnte sich nach völlig anderen Maßstäben als bisher, nämlich jenseits der klassischen Verwertungslogik, entwickeln.

Durch die veränderte Lohnstruktur und Arbeitsmotivation würde auch der Druck steigen, unattraktive Tätigkeiten wezurationalisieren und vermehrt solche bezahlte Tätigkeiten zu schaffen, die Sinn stiften, Spaß machen und ökologisch sinnvoll sind.

Auch wäre niemand mehr ökonomisch von anderen Menschen abhängig und könnte sich selbst beruflich so engagieren, wie sie bzw. er es möchte. Vor allem auch Frauen und Alleinerziehenden würde das BGE diesbezüglich mehr Freiraum ermöglichen.

*Hinweise, Kritiken zum Konzept und Informationen zum Konzept und zur BAG über  
[www.die-linke-grundeinkommen.de](http://www.die-linke-grundeinkommen.de)*

***Postadresse***

*c/o Stefan Wolf  
Franz-Reichel-Ring 35  
90473 Nürnberg*

## Literatur (Auswahl) zum Thema Grundeinkommen

**BAG der Sozialhilfeinitiativen (Hrsg.) (2000):** Existenzgeld für alle. Antworten auf die Krise des Sozialen, Neu-Ulm.

**Bauman, Zygmunt (2000):** Die Krise der Politik. Fluch und Chance einer neuen Öffentlichkeit, Hamburg.

**Blaschke, Ronald (2004a):** Garantiertes Grundeinkommen. Entwürfe und Begründungen aus den letzten 20 Jahren. Frage- und Problemstellungen; <http://www.archiv-grundeinkommen.de/blaschke/blaschke-200408.pdf>

**Blaschke, Ronald (2004b):** Weniger arbeiten! in: Blaschke, Ronald/Leibiger, Jürgen: Arbeitszeitverkürzung. Begründungen, Probleme, Lösungsansätze, Leipzig, S. 11-81; <http://www.archiv-grundeinkommen.de/blaschke/weniger-arbeiten.pdf>

**Blaschke, Ronald (2005):** Garantierte Mindesteinkommen. Aktuelle Modelle von Grundsicherungen und Grundeinkommen im Vergleich, Dresden/Meißen; aktualisiert und erweitert auch unter <http://www.archiv-grundeinkommen.de/blaschke/synopse.pdf>

**Blaschke, Ronald (2007a):** Mythos der produktiven Arbeit. Ein neues Buch von Manfred Füllsack zum Thema Arbeit und Grundeinkommen, in: UTOPIE kreativ, Heft 205, November 2007, S. 1057-1062; [http://www.archiv-grundeinkommen.de/blaschke/200712\\_Mythos\\_der\\_produkativen\\_Arbeit.pdf](http://www.archiv-grundeinkommen.de/blaschke/200712_Mythos_der_produkativen_Arbeit.pdf)

**Blaschke, Ronald (2007b):** Bedingungsloses Grundeinkommen – Würde und Wert des Menschen. Menschenbild und Modelle. Dresden; <http://www.archiv-grundeinkommen.de/blaschke/wuerde-und-wert.pdf>

**Blaschke, Ronald (2008a):** Solidarische Ökonomie und bedingungsloses Grundeinkommen, in: Gottschlich, Daniela/Rolf, Uwe/Werning, Rainer/Wollek, Elisabeth: Reale Utopien. Perspektiven für eine friedliche und gerechte Gesellschaft, Köln, S. 82-95.

**Blaschke, Ronald (2008b):** Bedingungsloses Grundeinkommen versus Grundsicherung. rls –Standpunkte 15 / 2008; [http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Standpunkte\\_0815.pdf](http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte_0815.pdf)

**Blaschke, Ronald (2008c):** Deutsche Zustände 2007. Ökonomistischer Sozialdarwinismus und die Antworten des Konzepts Bedingungsloses Grundeinkommen, Dresden; <http://www.archiv-grundeinkommen.de/blaschke/200802-Deutsche-Zustaende-2007.pdf>

**Blaschke, Ronald (2008d):** Will das Argument, das Grundeinkommen sei ein Kombilohn, Sozialabbau legitimieren?

<http://www.archiv-grundeinkommen.de/blaschke/200806-Kombilohn-und-Grundeinkommen.pdf>

**Blaschke, Ronald (2009):** Bürgergeld, was meint das? Aktualisierte Fassung; <https://www.grundeinkommen.de/content/uploads/2009/03/buergergeld.pdf>

**Blaschke, Ronald/Adeline Otto/Norbert Schepers (Hrsg.) (2010):** Grundeinkommen. Geschichte – Modelle – Debatten, Berlin; [http://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Publ-Texte/Texte\\_67.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Publ-Texte/Texte_67.pdf)

**Blaschke, Ronald (2010a):** Denk' mal Grundeinkommen! Geschichte, Fragen und Antworten einer Idee, in: Blaschke, Ronald/Otto, Adeline/Schepers, Norbert (Hrsg.) (2010): Grundeinkommen. Geschichte – Modelle – Debatten, Berlin, S. 9-292; [http://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Publ-Texte/Texte\\_67.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Publ-Texte/Texte_67.pdf)

**Blaschke, Ronald (2010b):** Aktuelle Ansätze und Modelle von Grundsicherungen und Grundeinkommen in Deutschland. Vergleichende Darstellung, in: Blaschke, Ronald/Otto, Adeline/Schepers, Norbert (Hrsg.) (2010): Grundeinkommen. Modelle – Geschichte – Debatten, Berlin, S. 301-382; [http://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Publ-Texte/Texte\\_67.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Publ-Texte/Texte_67.pdf)

**aktualisierte Variante** auf

<http://www.die-linke-grundeinkommen.de/WordPress/?p=1402>

**Biedenkopf, Kurt/Dahrendorf, Ralf/Fromm, Erich/Hosang, Maik (Hrsg.)/Kelly, Petra u. a. (2008):** Klimawandel und Grundeinkommen. Die nicht zufällige Gleichzeitigkeit beider Themen und ein sozialökologisches Experiment, München.

**Buchholz, Christine/Kipping, Katja (2006):** G8: Gipfel der Ungerechtigkeit, Hamburg. (mit Beiträgen zum GE weltweit)

**Büchele, Herwig/Wohlgenannt, Lieselotte (1985):** Grundeinkommen ohne Arbeit. Auf dem Weg zu einer kommunikativen Gesellschaft, Wien.

**Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfe-Initiativen (Hrsg.) (2008):** Existenzgeld reloaded, Neu-Ulm.

**Engler, Wolfgang (2005):** Bürger, ohne Arbeit. Für eine radikale Neugestaltung der Gesellschaft, Berlin.

**Engler, Wolfgang (2007):** Unerhörte Freiheit. Arbeit und Bildung in Zukunft, Berlin.

**Exner, Andreas/Rätz, Werner/Zenker, Birgit (Hrsg.) (2007):** Grundeinkommen. Soziale Sicherheit ohne Arbeit, Wien.

**Fernández, José Iglesias (2008):** Basic Income for Equal Citizens. Vortrag auf dem 3.Grundeinkommenskongress in Berlin; <http://www.grundeinkommen2008.org/wp-content/downloads/RBis-en-ingles.pdf>

**Franzmann, Manuel (Hrsg.) (2010):** Bedingungsloses Grundeinkommen als Antwort auf die Krise der Arbeitsgesellschaft, Weilerswist; [http://publikationen.ub.uni-frankfurt.de/volltexte/2010/7436/pdf/Franzmann\\_Bedingungsloses\\_Grundeinkommen\\_Leseexemplar.pdf](http://publikationen.ub.uni-frankfurt.de/volltexte/2010/7436/pdf/Franzmann_Bedingungsloses_Grundeinkommen_Leseexemplar.pdf)

**Fromm, Erich (1976):** Haben oder Sein. Die seelischen Grundlagen einer neuen Gesellschaft. Stuttgart 1976 (Original „To have or to be“, New York 1976).

**Fromm, Erich (1999):** Psychologische Aspekte zur Frage eines garantierten Einkommens für alle, in: Erich Fromm: Gesamtausgabe in zwölf Bänden. Band V, München, S. 309-316 (Original „The psychological aspects of the guaranteed income“, in: Theobald, Robert (Ed.): The guaranteed income. Next step in economic evolution? New York 1966, S. 175-184; <http://www.archiv-grundeinkommen.de/fromm/Fromm-Grundeinkommen.htm>)

**Füllsack, Manfred (2002):** Leben ohne zu arbeiten. Zur Sozialtheorie des Grundeinkommens, Berlin.

**Füllsack, Manfred (2006a):** Globale soziale Sicherheit: Grundeinkommen – weltweit? Berlin.

**Füllsack, Manfred (2006b):** Zuviel Wissen? Zur Wertschätzung von Arbeit und Wissen in der Moderne, Berlin.

**Gorz, André (2000):** Arbeit zwischen Misere und Utopie, Frankfurt/Main 2000.

**Gorz, André (2004):** Wissen, Wert und Kapital. Zur Kritik der Wissensökonomie, Zürich 2004.

**Gorz, André (2009):** Auswege aus dem Kapitalismus, Beiträge zur politischen Ökologie, Zürich.

**Hirsch, Joachim (2003):** Eine andere Gesellschaft ist nötig: Zum Konzept einer Sozialpolitik als soziale Infrastruktur; [http://www.links-netz.de/rtf/T\\_hirsch\\_sozialpolitik.rtf](http://www.links-netz.de/rtf/T_hirsch_sozialpolitik.rtf)

**Kaiser, Pia (2007):** Zusammenfassung der Ergebnisse vom überparteilichen Runden Tisch der Frauen zum Thema: Das bedingungslose Grundeinkommen (BGE): Traum oder Alptraum für Frauen? Frauenpolitische Sichtweisen (mit einem Anhang von

**Kipping, Katja/Blaschke, Ronald:** Kurze Bemerkungen zum möglichen Umgang mit Bedenken gegenüber dem Grundeinkommen); [http://www.archiv-grundeinkommen.de/frauen/200804\\_BGE\\_Runder\\_Tisch\\_der\\_Frauen\\_Ergebnisse.pdf](http://www.archiv-grundeinkommen.de/frauen/200804_BGE_Runder_Tisch_der_Frauen_Ergebnisse.pdf)

**Kipping, Katja (2009):** Ausverkauf der Politik. Für einen demokratischen Aufbruch, Berlin.

**Kipping, Katja (2010):** Demokratie und Grundeinkommen – ein politischer Essay, in: Blaschke, Ronald / Otto, Adeline / Schepers, Norbert (Hrsg.) (2010): Grundeinkommen. Geschichte – Modelle – Debatten, Berlin, S. 293-300; [http://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Publ-Texte/Texte\\_67.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Publ-Texte/Texte_67.pdf)

**Klautke, Roland/Oehrlein, Brigitte (Hrsg.) (2008):** Globale Soziale Rechte. Zur emanzipatorischen Aneignung universaler Menschenrechte, Hamburg.

**Krebs, Hans-Peter/Rein, Harald (2000):** Existenzgeld. Kontroversen und Positionen, Münster.

**Künnemann, Rolf (2007):** Grundnahrungseinkommen: Ein universelles Menschenrecht? In Netzwerk Grundeinkommen, Newsletter 11 / 2007; <http://www.archiv-grundeinkommen.de/netzwerk/newsletter-september-2007/grundnahrungseinkommen.pdf>

**Lajoie, Patrick (2007):** Gewerkschaften: Bedingungslos gegen ein Grundeinkommen? Göttingen 2007;

[http://www.archiv-grundeinkommen.de/lajoie/200802\\_Gewerkschaften\\_Bedingungslos\\_gegen\\_ein\\_GE.pdf](http://www.archiv-grundeinkommen.de/lajoie/200802_Gewerkschaften_Bedingungslos_gegen_ein_GE.pdf)

**Lessenich, Stephan (2009):** Das Grundeinkommen in der gesellschaftspolitischen Debatte, in: Friedrich-Ebert-Stiftung, Gesprächskreis Sozialpolitik (Hrsg.): WISO Diskurs. Expertisen und Dokumentationen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik;

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06193.pdf>

**Löding, Thomas (2007):** Das Bedingungslose Grundeinkommen – eine neoliberale Forderung? Abschlussarbeit im Rahmen der Prüfung für Diplom-Sozialwirte an der Georg-August-Universität Göttingen; <http://www.archiv-grundeinkommen.de/loeding/20070502-Loeding-bge-diplom.pdf>

**Neuendorff, Hartmut/Peter, Gerd/Wolf, Frieder O. (Hrsg.) (2009):** Arbeit und Freiheit im Widerspruch? Bedingungsloses Grundeinkommen – ein Modell im Meinungsstreit, Hamburg.

**Netzwerk Grundeinkommen Deutschland / Netzwerk Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt Österreich (2006):** In Freiheit tätig sein. Beiträge des ersten deutschsprachigen Grundeinkommenskongresses, Berlin.

**Netzwerk Grundeinkommen Deutschland (2009):** Kleines ABC des bedingungslosen Grundeinkommens. Neu-Ulm.

**Opielka, Michael/Vobruba, Georg (Hrsg.) (1986):** Das garantierte Grundeinkommen. Entwicklung und Perspektiven einer Forderung, Frankfurt/Main.

- Otto, Adeline (2009):** Die Idee des Bedingungslosen Grundeinkommens. Wider die Verwertungslogik des Menschen nach ökonomischer Nützlichkeit, in: Holuba, Stefanie (Hrsg.): Was hat Arbeit mit Leben zu tun? Berlin, S. 85-95;  
[http://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Texte\\_60.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Texte_60.pdf)
- Otto, Adeline (2010):** Die Grundeinkommensdebatte in Europa aus linker Perspektive (mit Beiträgen von José Iglesias Fernández, Ruurik Holm, Melina Klaus und Sepp Kusstatscher), in: Blaschke, Ronald/Otto, Adeline/Schepers, Norbert (Hrsg.) (2010): Grundeinkommen. Geschichte – Modelle – Debatten, Berlin, S. 383-419;  
[http://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Publ-Texte/Texte\\_67.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Publ-Texte/Texte_67.pdf)
- Rätz, Werner/Paternoga, Dagmar/Steinbach, Werner (2005):** Grundeinkommen: bedingungslos, Hamburg.
- Schmid, Thomas (Hrsg.) (1984):** Befreiung von falscher Arbeit. Thesen zum garantierten Mindesteinkommen, Berlin.
- Segbers, Franz (2008):** Essen ohne zu arbeiten? Das garantierte und bedingungslose Grundeinkommen. Ein Diskussionsbeitrag, in: epd sozial, Nr. 10, S. 12-13.
- Segbers, Franz (2009):** Bürgerrechte, soziale Rechte und Autonomie. Weiterentwicklung des Sozialstaates durch ein Grundeinkommen, in: Nethöfel, Wolfgang/Dabrock, Peter/Keil, Siegfried (Hrsg.): Verantwortungsethik als Theologie des Wirklichen, Göttingen, S. 181-217; <http://www.grundeinkommen.de/content/uploads/2009/09/franz-segbers-grundeinkommen-burgerrechte.pdf>
- Vanderborght, Yannik/van Parijs, Philippe (2005):** Ein Grundeinkommen für alle? Geschichte und Zukunft eines radikalen Vorschlags, Frankfurt/Main.
- Vobruba, Georg (2000):** Alternativen zur Vollbeschäftigung. Die Transformation von Arbeit und Einkommen, Frankfurt/Main.
- Vobruba, Georg (2006):** Entkoppelung von Arbeit und Einkommen. Das Grundeinkommen in der Arbeitsgesellschaft. Wiesbaden.
- Wagner, Björn (2009):** Das Grundeinkommen in der deutschen Debatte – Leitbilder, Motive und Interessen, in: Friedrich-Ebert-Stiftung, Gesprächskreis Sozialpolitik (Hrsg.): WISO Diskurs. Expertisen und Dokumentationen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik; <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06194.pdf>
- Werner, Götz W./Goehler, Adrienne (2010):** 1.000 Euro für jeden. Freiheit, Gleichheit, Grundeinkommen: Von der Erwerbsarbeit zur Kulturgesellschaft, Köln.

### **Ein Film zum Grundeinkommen**

Quer durch die Parteien zeigt „*Designing Society*“ Meinungen, Positionen und Rechenbeispiele, die eine andere Verteilung denkbar machen.

Warum 1.000 Euro Grundeinkommen die Gesellschaft gerechter machen.

[www.designing-society.de](http://www.designing-society.de)

### **Nützliche Links**

Weitere Informationen über die Arbeit der Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen finden Sie online unter

[www.die-linke-grundeinkommen.de](http://www.die-linke-grundeinkommen.de)

Hier finden Sie auch die Links zu den Landesarbeitsgemeinschaften.

### **Weiterführende Links**

Materialien zum bedingungslosen Grundeinkommen

[www.archiv-grundeinkommen.de](http://www.archiv-grundeinkommen.de)

Netzwerk Grundeinkommen Deutschland

[www.grundeinkommen.de](http://www.grundeinkommen.de)

attac Deutschland, AG Genug für Alle

[www.grundeinkommen-attac.de/index.php?id=6653](http://www.grundeinkommen-attac.de/index.php?id=6653)

Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands e. V.

[www.kab.de/dynasite.cfm?dssid=4041&dspaid=0&dsmid=77226&votedo76=Vote&dstid=76&punkt=292](http://www.kab.de/dynasite.cfm?dssid=4041&dspaid=0&dsmid=77226&votedo76=Vote&dstid=76&punkt=292)

Veranstaltungsseite Woche des Grundeinkommens

[www.woche-des-grundeinkommens.eu](http://www.woche-des-grundeinkommens.eu)

Kommunistische Partei Österreich

[www.kpoe.at/home/positionen/themen-archiv/grundeinkommen/browse/2.html](http://www.kpoe.at/home/positionen/themen-archiv/grundeinkommen/browse/2.html)

attac Österreich, Inhaltsgruppe Grundeinkommen

<http://community.attac.at/grundeinkommen.html>

Netzwerk Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt Österreich

[www.grundeinkommen.at](http://www.grundeinkommen.at)

The Basic Income Earth Network

[www.basicincome.org/bien](http://www.basicincome.org/bien)

## **Aktionsseite: Teilhabe für Alle**

Das Bedingungslose Grundeinkommen wird

- in der Wissenschaft (z.B. Oskar Negt)
- in sozialen Bewegungen (z.B. attac, BAG der Sozialhilfeinitiativen)
- Jugendverbänden (z. B. Deutscher Bundesjugendring, Bundesjugendwerk der AWO, Naturfreundejugend) und
- von Gewerkschaften (DGB, IG Metall, ver.di)

diskutiert und gefordert.

Im Programmentwurf der Partei DIE LINKE findet das bedingungslose Grundeinkommen jedoch keine Berücksichtigung. Dabei befürworten rund 87 Prozent der WählerInnen der Partei DIE LINKE und 54 Prozent der Mitglieder der Partei DIE LINKE ein bedingungsloses Grundeinkommen. 34 Prozent der Bevölkerung in den neuen Bundesländern plädieren für die Abschaffung von Hartz IV zugunsten eines bedingungslosen Grundeinkommens.

## **Abstimmung**

Stimme darüber ab, welche Formulierung deiner Meinung nach ins Parteiprogramm der Partei DIE LINKE sollte:

Du erhältst eine E-Mail mit einem Bestätigungslink. Ohne Anklicken des Bestätigungslinks keine Eintragung. Schau gegebenenfalls im Spam-Ordner nach, ob die E-Mail dort gelandet ist.

### **Formulierung 1**

DIE LINKE setzt sich aktiv für die Verwirklichung eines emanzipatorischen Konzeptes eines bedingungslosen Grundeinkommens auf nationaler/europäischer und globaler Ebene ein.

### **Formulierung 2**

DIE LINKE diskutiert weiter mit BefürworterInnen des bedingungslosen Grundeinkommens.

Für die Unterstützung einer dieser beiden Formulierungen fürs Parteiprogramm trage dich bitte hier ein.

Abstimmen:

[www.teilhabe-fuer-alle.de](http://www.teilhabe-fuer-alle.de)

## **Aktionsseite: EU-Bürgerinitiative**

Liebe Bürgerin, lieber Bürger Europas,

mehrere Grundeinkommensnetzwerke und zivilgesellschaftliche Organisationen in Europa haben sich entschlossen, die Entwicklung eines sozialen Europa voranzutreiben. Ein Bedingungsloses Grundeinkommen ist, neben anderen notwendigen politischen Maßnahmen, ein wichtiger Schritt auf diesem Weg. Wir bitten Sie daher, die Einführung des Bedingungslosen Grundeinkommens zu unterstützen.

<http://www.basicincomeinitiative.eu/>

In dem Fall, dass weitere europaweite Initiativen zum Bedingungslosen Grundeinkommen (zum Beispiel ein EU-Referendum nach der Verabschiedung der entsprechenden Verfahrensregeln auf EU-Ebene) gestartet werden sollten, werden wir uns erlauben, Sie nochmals per E-mail zu kontaktieren, um Ihre Unterstützung dazu zu erbitten.

## Mitgliedschaftserklärung

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

Postleitzahl: \_\_\_\_\_ Ort: \_\_\_\_\_

Mitglied Landesverband: \_\_\_\_\_

Mitglied Kreisverband: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

### *Parteimitglied*

Ich versichere, Mitglied der Partei DIE LINKE zu sein und erkläre durch meine erste Unterschrift meine Zugehörigkeit zum Zusammenschluss „BAG Grundeinkommen“ und zu dem dazugehörigen oder noch zu gründenden landesweiten Zusammenschluss. Sollte ich zu irgendeinem Zeitpunkt die Partei verlassen, so werde ich die Bundesgremien des Zusammenschlusses und die Landesgremien des Landeszusammenschlusses darüber umgehend in Kenntnis setzen.

Ort und Datum

Unterschrift

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

### *Parteilos*

Ich versichere, parteilos zu sein und erkläre durch meine erste Unterschrift meine Zugehörigkeit zum Zusammenschluss „BAG Grundeinkommen“ und zu dem dazugehörigen oder noch zu gründenden landesweiten Zusammenschluss. Sollte ich zu irgendeinem Zeitpunkt in eine Partei eintreten, so werde ich die Bundesgremien des Zusammenschlusses und die Landesgremien des Landeszusammenschlusses darüber umgehend in Kenntnis setzen.

Ort und Datum

Unterschrift

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

### *E-Mail-Verfahren*

Mit meiner zweiten Unterschrift bestätige ich (bis auf schriftlichen Widerruf an den SprecherInnenrat), dass mir alle Informationen, Protokolle, Einladungen und sonstiger Schriftverkehr (ausgenommen Urabstimmungen) an die oben angegebene E-Mail-Adresse elektronisch übermittelt werden sollen.

Ort und Datum

Unterschrift

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Bitte mit der ersten Unterschrift zur Mitgliedschaft in der Partei DIE LINKE oder Parteilosigkeit die Zugehörigkeit zur BAG Grundeinkommen erklären.

Mit der zweiten Unterschrift bestätigen, am E-Mail-Verfahren teilnehmen zu wollen und einschicken an:

**BAG Grundeinkommen, c/o Ralf Peter Engelke, Jülicher Strasse 9, 13357 Berlin**

**Tabelle 1**

Einkommenssituation mit Grundeinkommen ohne weitere Einkommen für ausgewählte Haushaltstypen in €

Haushaltstyp	Gesamtbedarf <sup>23</sup> mit Hartz IV (Juli 2009) – ohne möglichen Zuschlag nach ALG-I-Bezug (in Klammern: davon anerkannte Kosten der Unterkunft und Heizung) <sup>24</sup>	Armutrisikogrenze in Deutschland 2003 nach der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) <sup>25</sup>	Armutrisikogrenze in Deutschland 2007 nach dem Sozioökonomischen Panel (SOEP) <sup>26</sup>	BGE plus Grundeinkommen für Kinder/Jugendliche (in Klammern: das Plus gegenüber Hartz IV heute)
Alleinstehende/r	649 (290)	1.000	925	1.000 (+ 351)
Alleinerziehende/r, ein Kind (13 Jahre)	1.058 (405)	1.300	1.202	1.500 (+ 442)
Alleinerziehende/r, zwei Kinder (8 und 13 Jahre)	1.477 (487)	1.600	1.425	2.000 (+ 523)
2 Personen über 18 Jahre	993 (347)	1.500	1.388	2.000 (+ 1.007)
2 Personen über 18 Jahre, ein Kind (17 Jahre)	1.389 (456)	2.000	1.850	3.000 (+ 1.611)
2 Personen über 18 Jahre, zwei Kinder (8 und 13 Jahre)	1.674 (526)	2.100	1.942	3.000 (+ 1.326)

23 Die Tabellenwerte geben Gesamtbedarfe von Menschen wieder, die keine weiteren Einkommen haben.

24 Siehe Johannes Steffen: Bedarfsdeckende Bruttoarbeitsentgelte, Bremen 2009, S. 5 (Tabelle 7) und 18.

25 Siehe Silvia Deck: Indikatoren der Einkommensverteilung in Deutschland 2003. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. In: Statistisches Bundesamt: Wirtschaft und Statistik. 11/2006, S. 178 - 1186. Die erhobenen Nettoeinkommen beziehen sich auf das Jahr 2003.

26 Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: SOEP Monitor 1984-2008. Zeitreihen zur Entwicklung ausgewählter Indikatoren zu zentralen Lebensbereichen. Analyse-Ebene: Person, Berlin Dezember 2009, S. 3, 11, 77. - Gewichtungsfaktoren gemäß OECD-Konvention zur Berechnung des Äquivalenzeinkommens: Alleinstehende: 1,0; weitere Personen ab dem vollendeten 14. Lebensjahr 0,5; weitere Personen vor dem vollendeten Lebensjahr 0,3.

**Tabelle 2**

Übersicht über die Höhe des gesamten Monatsnettoeinkommens eines Singles in € bei einem BGE in Höhe von 1.000 €/Monat

<b>Bruttoeinkommen</b>	<b>750</b>	<b>1000</b>	<b>1500</b>	<b>2000</b>	<b>2500</b>	<b>3000</b>	<b>4000</b>
EK-Steuer	0	0	43	97	162	237	422
GE-Abgabe	62,50	350	525	700	875	1050	1400
Beitrag KV/PV	48,75	65	97,50	130	62,50	195	260
Beitrag RV	26,25	35	62,50	70	87,50	105	140
Beitrag ELV	6	8	12	16	20	24	32
Netto ohne BGE	407	542	770	987	1193	1389	1746
Netto mit BGE	1407	1524	1770	1987	2193	2389	2746
Netto in % Brutto-EK	188	154	118	99	88	80	69
Netto-EK heute <sup>27</sup>	879	909	1059	1306	1545	1769	2205
Veränderung zu heute	<b>+528</b>	<b>+633</b>	<b>+711</b>	<b>+683</b>	<b>+648</b>	<b>+620</b>	<b>+541</b>

Es wird von einem ArbeitnehmerInnen-Krankenversicherungsbeitrag inklusive Pflegeversicherung von 6,5 Prozent ausgegangen. ArbeitgeberInnen zahlen eine Wertschöpfungsabgabe. Der Beitragssatz zur Rentenversicherung (RV) beträgt für ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen jeweils 3,5 Prozent. Für die Erwerbslosenversicherung wird ein Beitragssatz von jeweils 0,8 Prozent angenommen. Der Einkommenssteuersatz steigt linear von 7,5 Prozent ab 12.000 €/Jahr auf 25 Prozent bei 60.000 €/Jahr. Die ersten 12.000 € Jahreseinkommen pro Person sind einkommenssteuerfrei. Die Grundeinkommensabgabe beträgt 35 Prozent für alle Bruttoeinkommen ab dem ersten Euro.

**Tabelle 2**

Übersicht über die Höhe des gesamten Monatsnettoeinkommens eines Singles in € bei einem BGE in Höhe von 1.000 €/Monat

<b>Bruttoeinkommen</b>	<b>5000</b>	<b>6000</b>	<b>7000</b>	<b>10000</b>	<b>15000</b>	<b>30000</b>
EK-Steuer	650	900	1150	1900	3150	6900
GE-Abgabe	1750	2100	2450	3500	5250	10500
Beitrag KV/PV	325	390	455	650	975	1950
Beitrag RV	175	210	245	350	525	1050
Beitrag ELV	40	48	56	80	120	240
Netto ohne BGE	2060	2352	2644	3520	4980	9360
Netto mit BGE	3060	3352	3644	4520	5980	10360
Netto in % Brutto-EK	61	56	52	45	40	35
Netto-EK heute <sup>27</sup>	2648	3041	3656	5226	7842	15395
Veränderung zu heute	+412	+311	-12	-706	-1862	-5035

<sup>27</sup> Annahme: Single, gesetzlich versichert. Berechnungsgrundlage: Steuer- und Beitragssätze Mai 2009, Mit ALG-II-Aufstockung ergäbe dies bei 594 € Netto aus Erwerbseinkommen ein Gesamtnettoeinkommen von 879 € (Spalte 750 € Brutto) und bei 782 € Netto aus Erwerbseinkommen (Spalte 1.000 € Brutto) ein Gesamtnettoeinkommen von 909 €. Für die Berechnung der ALG-II-Aufstockung wurden für die Kosten der Unterkunft und Heizung wie in Tabelle 1.290 € unterstellt (Durchschnittswert).

**Eintrittserklärung**

Hiermit erkläre ich,

Name, Vorname

Straße, Hausnummer, PLZ, Ort

meinen Eintritt in die Partei DIE LINKE, Mitglied der Partei der Europäischen Linken (EL).  
Ich bekenne mich zu den Grundsätzen des Programms der Partei DIE LINKE, erkenne die  
Bundessatzung an und bin nicht Mitglied einer anderen Partei im Sinne des Parteiengesetzes.

**Weitere Angaben zu meiner Person**

Geburtsdatum

Beruf

Telefonnummer

E-Mail-Adresse

Warst du früher bereits Mitglied einer Partei im Sinne des Parteiengesetzes? Wenn ja, in welcher?

**Einzugsermächtigung**

Ich ermächtige die Partei DIE LINKE meinen monatlichen Mitgliedsbeitrag in Höhe von \_\_\_\_ Euro  
und meinen Jahresmitgliedsbeitrag für die Partei der Europäischen Linken (EL) jeweils im Monat  
Mai in Höhe von \_\_\_\_ Euro (Mindestbetrag 6 Euro) von unten stehendem Konto abzubuchen.

Kontonummer

Bankleitzahl

Name und Ort des Geldinstituts

Name und Unterschrift des Kontoinhabers/der Kontoinhaberin (wenn abweichend vom Mitglied)

Die Angaben dienen der Nachweisführung und der statistischen Auswertung der Mitgliederentwicklung sowie der Verbesserung  
der Kommunikation. Sie werden im Parteivorstand, den Landesverbänden und in den Gliederungen der Partei DIE LINKE  
entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert, verarbeitet, übermittelt und aufbewahrt.

Ort und Datum

Unterschrift

# *Eine Gesellschaft mit bedingungslosem Grundeinkommen?*

Vielen fällt es schwer, sich das heute vorzustellen. Andere sind unsicher über die Wirkungen. Freilich, niemand kann eine definitive Garantie ausgeben, wie eine Grundeinkommensgesellschaft funktioniert. Schließlich wurde bisher nirgendwo ein bedingungsloses Grundeinkommen realisiert. Was es aber in der Realität gibt, ist das Gegenmodell zum Grundeinkommen: also Arbeitszwang, Bedürftigkeitsprüfungen, Sozialleistungen unterhalb der Armutsgrenze und die finanzielle Inhaftnahme von Angehörigen. In Deutschland ist dies bekannt unter der Bezeichnung Hartz IV. Wir können also zumindest empirisch überprüfen, was passiert, wenn nicht das Grundeinkommen, sondern sein Gegenpart realisiert ist. Beispielsweise hat die Erpressbarkeit der Beschäftigten zugenommen. Unbezahlte Überstunden und Lohnreduzierungen wurden verstärkt akzeptiert, weil dies besser erschien, als auf die Gnade der Jobcenter angewiesen zu sein. Diese Erfahrungen zeigen, wie Recht Marx mit der Einschätzung hatte, dass das Erpressungspotential der Reservearmee der Erwerbslosen den Unternehmen beim Lohndumping in die Hände spielt. Ausgegrenzte Gruppen wirken als Warnsignal an die Mehrheit: Seht, so könnte es euch auch ergehen. Die konsequenteste Antwort auf die Unsicherheit der Prekarität und den Wandel der Arbeitswelt ist das bedingungslose Grundeinkommen.

Katja Kipping



ES IST GENUG FÜR ALLE DA  
BEDINGUNGSLOS GRUNDEINKOMMEN

**Ronald Blaschke, Adeline Otto, Norbert Schepers (Hrsg.)  
Grundeinkommen. Geschichte – Modelle – Debatten**

Texte 67 der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 422 Seiten, Broschur  
29,90 Euro, ISBN 978-3-320-02223-5

**dietz berlin**

**DIE LINKE.**

B A G G r u n d e i n k o m m e n

**Konsequent.  
Für eine neue soziale Idee.**